ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Saravia, Andrés; Liebig, Stefan; Nussbeck, Fridtjof W.

Working Paper

Krisen- und katastrophenbezogene Inhalte in sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen

RatSWD Working Paper, No. 290

Provided in Cooperation with:
German Data Forum (RatSWD)

Suggested Citation: Saravia, Andrés; Liebig, Stefan; Nussbeck, Fridtjof W. (2026) : Krisen- und katastrophenbezogene Inhalte in sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen, RatSWD Working Paper, No. 290, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin, https://doi.org/10.17620/02671.100

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/341351

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

RatSWD Working Paper Series

RatSWD
Rat für Sozial- und WirtschaftsDaten

290

Krisen- und katastrophenbezogene Inhalte in sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen

Andrés Saravia,
Stefan Liebig,
Fridtjof W. Nussbeck

Mai 2026

www.ratswd.de

RatSWD Working Papers

des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

Die *RatSWD Working Papers*-Reihe startete Ende 2007. In dieser Online-Publikationsreihe werden konzeptionelle und historische Arbeiten, die sich mit der Gestaltung der statistischen Infrastruktur und der Forschungsinfrastruktur in den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften beschäftigen, publiziert. Dies sind insbesondere Papiere zur Gestaltung der Amtlichen Statistik, der Ressortforschung und der akademisch getragenen Forschungsinfrastruktur sowie Beiträge, die Arbeit des RatSWD selbst betreffend. Auch Papiere, die sich auf die oben genannten Bereiche außerhalb Deutschlands und auf supranationale Aspekte beziehen, sind besonders willkommen.

RatSWD Working Papers sind nicht-exklusiv, d. h. einer Veröffentlichung an anderen Orten steht nichts im Wege. Alle Arbeiten können und sollen auch in fachlich, institutionell und örtlich spezialisierten Reihen erscheinen.

Die Inhalte der *RatSWD Working Papers* stellen ausdrücklich die Meinung der jeweiligen Autorinnen bzw. Autoren dar und nicht die des RatSWD. Die Zuwendungsgeber des RatSWD haben die Publikationen nicht beeinflusst.

Herausgeberin oder Herausgeber der RatSWD Working Papers-Reihe ist die/der Vorsitzende des RatSWD:

seit 2024 Kerstin Schneider
2020–2024 Monika Jungbauer-Gans
2014–2020 Regina T. Riphahn
2009–2014 Gert G. Wagner
2007–2008 Heike Solga

Krisen- und katastrophenbezogene Inhalte in sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen

Andrés Saravia[1*], Stefan Liebig[2], Fridtjof W. Nussbeck[3]

Mai 2026

https://doi.org/10.17620/02671.100

[1] Freie Universität Berlin | Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
[2] Freie Universität Berlin
[3] Universität Konstanz

*** Kontakt:** Andrés Saravia | andres.saravia@ratswd.de

Abstract

In Zeiten multipler Krisen – Epidemien, Naturgefahren, Bedrohungen innerer und äußerer Sicherheit – sind die Ergebnisse sozial-, verhaltens- und wirtschaftswissenschaftlicher Forschung von zentraler Bedeutung, um gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen und politische Handlungsbedarfe ableiten zu können. Grundlage dafür sind qualitätsgeprüfte empirische Daten über die Bevölkerung, aber auch Betriebe und Unternehmen.

Dieser Beitrag stellt den Bedarf an Forschungsdaten dar, auf deren Basis sozial-, verhaltens- und wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse für ein evidenzbasiertes Handeln der beteiligten Akteure in Krisen-, Katastrophen- und Bedrohungssituationen gewonnen werden können. Es werden die von Expertinnen und Experten der Krisen- und Katastrophenforschung und des praktischen Bevölkerungsschutzes als am relevantesten eingeschätzten Themen identifiziert. Einige der wichtigsten Befragungsstudien der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung in Deutschland, die bestimmte Auswahlkriterien – Erhebung von Mikrodaten, Zufallsstichproben, längsschnittliche Daten, Georeferenzierung – erfüllen, werden analysiert und bestehende Lücken in den relevanten Themenbereichen aufgezeigt, um daraus den Erweiterungsbedarf der sozialwissenschaftlichen Forschungsdateninfrastruktur abzuleiten. Schließlich werden Vorschläge für Umsetzungsmaßnahmen und eine bessere Vernetzung und Koordination von Forschung, Praxis und Datenproduktion diskutiert, um in akuten Krisen- und Katastrophensituationen schnell reagieren und Daten verfügbar machen zu können.

Keywords: Dateninfrastruktur, Surveys, Panelstudien, Erhebungsinstrumente, Krisen, Katastrophen, Bevölkerungsschutz

Inhalt

1. Einleitung 5
2. Längsschnittliche Erkenntnisbedarfe 7
3. Für Krisen und Katastrophen relevante Themen 9
4. Analyse: Krisen- und katastrophenbezogene Inhalte in sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen 16
5. Fazit 28

Literaturverzeichnis 34

Appendix 41

1. Einleitung

Die 2020er Jahre werden bislang von verschiedenartigen Krisen begleitet.[1] Was mit einer Pandemie begann, setzt sich mit regionalen Extremwetterereignissen fort und kulminiert aktuell in innen- und außenpolitischen Bedrohungslagen. Was lange Zeit als überwunden oder handhabbar galt, tritt nun wieder ins Bewusstsein der politischen Entscheidungstragenden und führt zur Wiederbelebung und Reaktivierung des Katastrophen- und des, für lange Zeit als verzichtbar angesehenen, Zivilschutzes. Dies spiegelt sich auch im Wissenschaftssystem wider, wo Krisen- und Katastrophenforschung zunehmend Aufmerksamkeit und Beachtung finden. Bereits in der Corona-Pandemie – spätestens aber in den bilanzierenden Rückschauen (DFG-Pandemiekommission) – wurde deutlich, dass eine evidenzbasierte Steuerung im Krisenfall auf sozialwissenschaftliche Informationen angewiesen ist. Denn das Verhalten der Bevölkerung ist ein zentraler Faktor für den gesamten Verlauf einer Krise, von der Schadensbewältigung bis zur Prävention weiterer Schäden. Die Akzeptanz und Befolgung von Maßnahmen wie Hygienevorschriften, Abstandsregelungen oder Kontaktbeschränkungen sind dabei verknüpft mit sozialen Dynamiken, Risikowahrnehmungen, Informationsbedarfen und Selbstschutzkompetenzen. Wissenschaftlich fundierte Kenntnisse über diese Faktoren sind eine wichtige Entscheidungsgrundlage für effektives und effizientes Krisenmanagement (Schopp et al. 2022). Schließlich haben sowohl der russische Angriffskrieg in der Ukraine als auch hybride Angriffe, Cyberattacken oder terroristische Anschläge auf Infrastrukturen und Personen zu einer verschärften Sicherheitslage in Deutschland geführt. Auch dies erfordert Erkenntnisse über die in der Bevölkerung vorherrschenden Bedrohungswahrnehmungen, Einstellungen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Maßnahmen, Vertrauen in Institutionen und den Umfang der bereits getroffenen Vorsichtsmaßnahmen in den Haushalten. Informationen zu Vulnerabilitäten, Bedarfen, Resilienzstrukturen und Selbsthilfefähigkeiten sind deshalb essentiell für eine zielführende Risikokommunikation und eine erfolgreiche Krisenbewältigung (Mähler et al. 2023). Grundlage dafür bilden qualitätsgeprüfte (Forschungs-)Daten, die über Einzelfälle hinausgehende und verallgemeinerbare Aussagen und Einschätzungen ermöglichen.

Eine Erkenntnis der Corona-Pandemie besteht darin, dass die Sozialwissenschaften auf kurzfristige Informationsbedarfe zur Krisenbewältigung sehr schnell mit eigenen Datenerhebungen reagieren konnten. Rückblickend zeigt sich aber, dass diese kurzfristigen Reaktionen (Push-Strategie) erhebliche Qualitätsdefizite bei der Datenerhebung und der darauf aufsetzenden Forschung aufwiesen. Eine Ursache dafür war, dass die Sozialwissenschaften bislang über wenig empirisch fundiertes Wissen über Gefährdungslagen,

[1] Dieser Beitrag fokussiert sich auf ereignisbezogene Krisen, Katastrophen und Bedrohungsszenarien wie die COVID-19 Pandemie, extreme Naturereignisse, terroristische Angriffe oder ein potenzieller Verteidigungsfall in Deutschland. Wirtschafts- und Finanzkrisen oder politische Krisen werden nur indirekt adressiert. Krise wird allgemein definiert als die „breite öffentliche Wahrnehmung bedrohlicher gesellschaftlicher Herausforderungen, die unmittelbare grundlegende Entscheidungen und Veränderungen zu ihrer Lösung verlangen“ (Bösch et al. 2020, S. 5). In der Krise entsteht eine Situation, in der erprobte Handlungsmuster nicht länger beibehalten werden können und zugleich noch keine Handlungsalternativen entwickelt wurden (Lukas und Tackenberg 2024, S. 203).

Bewältigungsstrategien, Informationsbedarfe, Auswirkungen auf individuelle sozio-ökonomische Lebensverhältnisse, krisenbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen sowie psychische und physische Verfasstheiten mit Blick auf unterschiedliche Bedrohungsszenarien in der Bevölkerung verfügen (Bösch et al. 2020). Ein wesentlicher Grund dafür besteht auch im Fehlen von längsschnittlichen und bevölkerungsrepräsentativen Forschungsdaten, mit denen Fragen der Vulnerabilität, Preparedness und Resilienz der gesamten Bevölkerung, einzelner Bevölkerungsgruppen oder der gesellschaftlichen und institutionellen Strukturen in Bedrohungslagen und Krisensituationen adäquat beantwortet werden können. Angesichts der aktuellen Bedrohungsszenarien ist deshalb eine vorausschauende Datenerhebung und eine datenbezogene Ertüchtigung der empirischen Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftsforschung von großer Dringlichkeit (Pull-Strategie). Dazu bedarf es der Integration krisen-, katastrophen- und bedrohungsrelevanter Inhalte in sozialwissenschaftliche Langzeitstudien. Dabei ist nicht nur die Erhebung von Daten über Personen oder private Haushalte notwendig, sondern auch über Betriebe und Unternehmen. Denn diese sind Akteure, die im Krisen-, Katastrophen- und Bedrohungsfall Teil der entsprechenden Reaktionspläne sind (Bereitstellung von Material etc.) und bereits vorher entsprechende Vorkehrungen treffen müssen, um z. B. die Versorgung der Bevölkerung weiterhin gewährleisten zu können.

Mit diesem Beitrag möchten wir den Bedarf an Forschungsdaten skizzieren, auf deren Basis sozial-, verhaltens- und wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse für ein evidenzbasiertes Handeln der beteiligten Akteure in Krisen-, Katastrophen- und Bedrohungssituationen gewonnen werden können. Das Ziel besteht darin, die thematischen Felder zu identifizieren, die bisher von den Befragungsstudien der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung in Deutschland nicht ausreichend berücksichtigt wurden, um daraus den Erweiterungsbedarf der sozialwissenschaftlichen Forschungsdateninfrastruktur abzuleiten. Die Grundlage bilden Experteninterviews, Workshops und Austauschtreffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Krisen- und Katastrophenforschung, der empirischen Sozialforschung, von staatlichen Stellen des Zivil- und Bevölkerungsschutzes (insbesondere des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, BBK) und von Hilfs- und Blaulichtorganisationen, die im Rahmen des Projekts „Vulnerabilität, Preparedness und Resilienz in Krisen: Dateninfrastrukturen zur Erforschung gesellschaftlicher Krisenphänomene" in den Jahren 2024 und 2025 durchgeführt wurden.[2]

Zunächst werden die Bedarfe der Krisen- und Katastrophenforschung bzw. des Krisen- und Katastrophenmanagements an sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen beschrieben (Kapitel 2) und die einzelnen inhaltlichen Bereiche detaillierter vorgestellt (Kapitel 3). Daran anschließend erfolgt ein Abgleich mit der bestehenden, sozialwissenschaftlichen Forschungsdateninfrastruktur, um vorhandene Lücken aufzuzeigen und die Inhalte zu

[2] Das an der Freien Universität Berlin und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung angesiedelte Projekt wurde durch das Konsortium für die Sozial-, Bildungs-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften (KonsortSWD) gefördert und durch eine Arbeitsgruppe des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) begleitet. https://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/sozialstrukturanalyse/projekte/vulnerabilitaet-in-krisen/index.html

identifizieren, um die die bestehende Survey-Landschaft in Deutschland erweitert werden sollte (Kapitel 4). Abschließend werden einige Vorschläge für Umsetzungsmaßnahmen unterbreitet (Kapitel 5).

2. Längsschnittliche Erkenntnisbedarfe

Im Bevölkerungsschutz hat sich in den vergangenen Jahren ein Paradigmen- bzw. Strategiewechsel vollzogen, welche Rolle die Bevölkerung bei der Bewältigung von Krisen- und Katastrophenereignissen spielt (Mähler et al. 2023, 30–32). Das traditionelle Leitbild bestand in der Vorstellung einer homogenen und passiven Bevölkerung, die aufgeklärt und geschützt werden müsse. Verbunden war dies mit der Annahme, im Krisen- oder Katastrophenfall wäre ein unsoziales und panikartiges Verhalten dominant, was sich in einem sozialen Zusammenbruch, Chaos, Plünderungen und Gewalt äußere (ebd., siehe auch Team HF Hofinger, Künzer & Mähler PartG Ludwigsburg et al. 2025, S. 11–13). Entgegen dieser lange dominierenden, eher paternalistischen Haltung gegenüber der Bevölkerung als passives Schutzgut wird sie nunmehr als Bewältigungsakteurin ernstgenommen. Angesichts der Erfahrungen vergangener Krisen- und Katastrophensituationen, die professionellen Einsatzkräften eindrücklich die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit vor Augen führten, soll eine Art Sicherheitspartnerschaft des Staats und der zuständigen Behörden mit der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft eingegangen werden (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 2022, S. 2). Dabei geht es weniger darum, sich der Verantwortung des gesetzlich abgesteckten Schutzauftrags zu entziehen und sie auf die Bevölkerung zu übertragen, sondern im Sinne eines möglichst effektiven gesamtstaatlichen Krisenmanagements alle vorhandenen Ressourcen auszuschöpfen. Vor diesem Hintergrund benötigen Entscheidungstragende auf allen Ebenen von Politik und Behörden wissenschaftlich fundiertes Wissen über die Bevölkerung. Dementsprechend empfehlen das BBK und die von ihm geförderten Forschungsprojekte ein „Lagebild Bevölkerungsverhalten", das die Potenziale, Ressourcen und Bedürfnisse der Menschen erfasst, in die Lageanalysen von Krisenstäben aufzunehmen (Schopp et al. 2022; Mähler et al. 2023; Team HF Hofinger, Künzer & Mähler PartG Ludwigsburg et al. 2025). Dieses Lagebild soll fundierte Entscheidungs- und Handlungsgrundlagen für eine passgenaue Risiko- und Krisenkommunikation und gezieltere Unterstützung der Bevölkerung ermöglichen. Damit werden sozial- und verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse integraler Teil des Krisenmanagements.

Eine diesem neuen Verständnis folgende, evidenzbasierte Krisen- und Katastrophenforschung ist auf die systematische Erhebung und Analyse von Lebensbedingungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung angewiesen, um daraus Aussagen zu bestehenden Vulnerabilitäten und Resilienzstrukturen in Gesellschaften ableiten zu können. Die individuelle Lage ist dabei stets in strukturelle Rahmenbedingungen und regionale sowie historische Kontexte eingebettet, die ebenfalls erfasst werden müssen, um ein umfassendes analytisches Gesamtbild von Krisendynamiken zeichnen zu können (Stimson 2014).

Voraussetzung dafür sind regelmäßige und qualitätsgeprüfte Erhebungen in der gesamten Bevölkerung und in speziellen Subpopulationen, die sowohl vor, während als auch nach Krisenereignissen erfolgen müssen. Vier Anforderungen stellen sich dabei:

(1) Während im praktischen Bevölkerungsschutz und im Krisenmanagement ein primärer Bedarf an aggregierten und aufbereiteten Informationen besteht, die schnelle und handlungsorientierte Entscheidungsfindungen ermöglichen, ist die sozial- und verhaltenswissenschaftliche Forschung primär auf Mikrodaten angewiesen, die Lebensbedingungen, Einstellungen und Verhaltensweisen einzelner Akteure (Personen, private Haushalte oder Unternehmen/Betriebe) abbilden.

(2) Aus einer methodischen Perspektive spielen dabei hochwertige Zufallsstichproben (probability samples) eine zentrale Rolle. Denn nur sie gewährleisten die für die Entscheidungspraxis zwingend notwendige externe Validität verhaltens- und sozialwissenschaftlicher Befunde im Gegensatz zu non-probability samples (Kohler und Post 2023).

(3) Neben in einer akuten Krisensituation kurzfristig erhobenen Daten werden jedoch auch vergleichbare längsschnittliche Daten – sowohl auf der individuellen (Paneldesign) als auch auf der Aggregatebene (Trenddesign) benötigt. Zusätzlich zu unmittelbaren Reaktionen auf Krisen und Katastrophen können dadurch mittel- und langfristige Anpassungsprozesse und graduelle Veränderungen bei Einstellungen oder in Verhaltens- und Entscheidungslogiken adressiert werden, beispielsweise hinsichtlich Vorsorgemaßnahmen, Konsumverhalten oder Gesundheitsmanagement.[3]

(4) Weil Krisen- und Katastrophen zudem in der Regel einen hochgradig regionalen Bezug haben (z. B. Hochwasser), sind Möglichkeiten der Verknüpfung verhaltens- und sozialwissenschaftlicher Umfragedaten mit regionalen und administrativen Informationen zwingend notwendig. Dementsprechend sind georeferenzierte Surveydaten unabdingbar, um durch die kleinräumige Verortung der Befragungseinheiten sowie der räumlichen Verknüpfung mit Kontextdaten (z. B. zu Umwelt- und Klimadaten, kritischen Infrastrukturen oder Schutzeinrichtungen des Katastrophen- und Zivilschutzes, aber auch Arbeitsmarkt- und Sozialdaten oder Gesundheits- und Versicherungsdaten) weitere Zusammenhänge identifizieren und ein tieferes Verständnis der zu erwartenden Dynamiken in Krisen-, Katastrophen und Bedrohungssituationen entwickeln zu können.

In Deutschland werden zahlreiche wiederkehrende Surveys durchgeführt, die die vier angeführten Anforderungen – Erhebung von Mikrodaten, Zufallsstichproben, längsschnittliche Daten, Georeferenzierung – erfüllen.[4] Die jeweiligen Umfrageprogramme fokussieren zudem

[3] Einige längsschnittliche Erhebungen zu psychologischen Auswirkungen von Krisen wurden im Zusammenhang der Corona-Pandemie durchgeführt, siehe z. B. Betsch et al. 2020: Monitoring behavioural insights related to COVID-19 oder Zrnić Novaković et al. 2025: Mental health during and after the COVID-19 pandemic - a longitudinal study over 42 months in five European countries.

[4] Siehe Tabelle 1 in Kapitel 4.

auf unterschiedliche Akteure (Personen, Haushalte, Unternehmen und Betriebe), unterschiedliche Subpopulationen (z. B. jüngere und ältere Menschen, Migrantinnen und Migranten oder Transferempfangende) und verschiedene thematische Schwerpunkte (z. B. Bildung, Beziehungen und Familienleben, Erwerbstätigkeit, Klima- und Umwelt, Gesundheit, Wahlverhalten). Die durch die Studien erhobenen Daten werden in Forschungsdatenzentren (FDZ) archiviert und über verschiedene Zugangswege für wissenschaftliche Zwecke zugänglich gemacht. Die FDZ sind durch den RatSWD akkreditiert, wodurch die wissenschaftliche Qualität und Verfügbarkeit der Daten gesichert und der Datenschutz gewährleistet wird.

Somit sind in Deutschland langjährig etablierte Forschungs- und Dateninfrastrukturen für ein qualitativ hochwertiges gesamtgesellschaftliches Monitoring und die empirische Analyse prinzipiell vorhanden. Diese bestehenden Infrastrukturen sollten für eine auf sozial- und verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse ausgerichtete Krisen- und Katastrophenforschung geöffnet werden. Notwendig wäre eine Erweiterung der bestehenden Panel- und Trendstudien um qualitätsgeprüfte krisen- und katastrophenrelevanten Frageinhalte. Damit wäre ein Langzeitmonitoring möglich, das über einzelne Krisen- und Katastrophenereignisse hinausgeht und eine Grundlage für evidenzbasierte politische Steuerung bildet.

3. Für Krisen und Katastrophen relevante Themen

Im Folgenden sollen die von Vertreterinnen und Vertretern der Krisen- und Katastrophenforschung sowie des BBK als am relevantesten eingeschätzten Themen für sozialwissenschaftliche Erkenntnisbedarfe über die Bevölkerung und über Organisationen und Betriebe identifiziert werden. Je nach Bedrohungsszenario können die verschiedenen Bereiche und dazu erhobenen Informationen eine unterschiedliche Relevanz und Dringlichkeit haben; gerade in Anbetracht bisher noch unbekannter Krisen können zukünftig zudem weitere, hier noch nicht behandelte Themen und Informationen wichtig werden. Grundlage bilden eine Reihe von Workshops und Expertengespräche, die im Zeitraum 2024 bis 2025 in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe des RatSWD durchgeführt wurden. Es lassen sich derzeit zwölf thematische Bereiche identifizieren:

(1) Krisen- und Bedrohungslagen sind eingebettet in gesellschaftliche Entwicklungen und unmittelbarer Gegenstand gesellschaftlicher Wahrnehmungsprozesse. Dementsprechend ist die **Risikowahrnehmung** der Bevölkerung eine entscheidende Größe im Krisenmanagement. Ein Verständnis davon, wie Menschen Risiken im Kontext gesellschaftlicher und unter dem Eindruck individueller Rahmenbedingungen einordnen, bewerten und verarbeiten, ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Risikokommunikation (Zehner et al. 2022, S. 18). „Risikowahrnehmung" bezieht sich dabei auf den „Prozess der subjektiven Aufnahme, Verarbeitung und Bewertung von risikobezogenen Informationen, die aus der eigenen Erfahrung, der direkten Beobachtung, der Rezeption von vermittelten Botschaften (etwa durch Medien) sowie der direkten Kommunikation mit Individuen stammen" (BBK Glossar). In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt: Je höher die Risikowahrnehmung war, desto wahrscheinlicher war auch die Akzeptanz präventiver Maßnahmen und deren Einhaltung durch

die Bevölkerung (Mähler et al. 2023, S. 181). Die Risikowahrnehmung spielt zudem bei der Verarbeitung von Warnungen eine wichtige Rolle, eine höhere Risikowahrnehmung kann dazu beitragen, dass Betroffene eine der Situation angemessene Schutzhandlung ausführen (vgl. Künzer und Tomczyk 2022).

(2) Laut der Meta-Studie „Risk Perception and Behaviour Survey of Surveyors (Rufat et al. 2022) stellt die **Vorerfahrung mit Krisen und Katastrophen** eine Schlüsselvariable zur Erklärung von Risikowahrnehmung und Verhalten in Katastrophen dar. Persönliche Erfahrungen schärfen das Bewusstsein dafür, dass man unerwartet von Krisen und Katastrophen betroffen sein kann. So verfügen Menschen, die schon einmal ein Hochwasser, einen Waldbrand oder ein Sturmereignis erlebt haben, über mehr Wissen über den Umgang mit derartigen Situationen (z. B. wann und wie ein Gefahrengebiet zu verlassen ist (Kuligowski 2021)). Menschen mit Katastrophenerfahrung bauen Wissen über die Auswirkungen von Ereignissen auf den eigenen Alltag auf, haben eine höhere Selbstwirksamkeits- und Handlungsergebniserwartung und schätzen sich selbst als kompetenter bei der Bewältigung von Katastrophen ein (Mähler et al. 2023, S. 343). Die individuelle Betroffenheit sollte dabei nicht isoliert, sondern im Zusammenspiel mit institutioneller Reaktion und politischer Intervention betrachtet werden. Die Erhaltung oder das Ausbleiben staatlicher Unterstützungsleistungen nach einer Katastrophe und Fortschritte oder Mängel beim Wiederaufbau und der Wiederherstellung der Infrastruktur in betroffenen Regionen können nachhaltige Effekte auf individuelle Verhaltensweisen und Einstellungen haben. In dem Zusammenhang sind regionale und administrative Kontextinformationen unverzichtbar.

(3) Für ein erfolgreiches Krisenmanagement ist die **Akzeptanz der Schutzmaßnahmen**, die durch die Politik und die zuständigen Behörden getroffen werden, eine wichtige Voraussetzung.[5] Dabei gibt es je nach Krise oder Katastrophe Unterschiede: So kann bei einer „unsichtbaren" Lage wie einer Pandemie die Akzeptanz von staatlichen Maßnahmen anders ausfallen als bei einer „sichtbaren" Lage wie einem Hochwasser (Mähler et al. 2023, S. 193). Das BBK empfiehlt, für ein Verständnis und die Akzeptanz von Schutzmaßnahmen die Belange der Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen, ihre Bedarfe zu akzeptieren und anzuerkennen und im Rahmen des Krisenmanagements zu berücksichtigen. So basiert der 2025 herausgegebene Ratgeber „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen" auf evidenzbasierten Leitlinien einer adressaten- und bedarfsgerechten sowie lebensweltorientierten Risikokommunikation (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 2025). Indem thematisiert wird, welche Maßnahmen die Bevölkerung bereits selbst ergreift und welche Erfahrungen sie damit gesammelt hat, könnten bewährte privat getroffene Maßnahmen Eingang in staatliche Regulierungen und Empfehlungen finden (Zehner et al. 2022, S. 17).

(4) Die **Wohn- bzw. Wohnungssituation** der Befragten ist unter verschiedenen Aspekten für Krisen und Katastrophen relevant. Menschen, die im eigenen Eigentum wohnen, scheinen beispielsweise eher ihr Eigentum zu sichern, den Notruf zu nutzen, Feuer selbst zu löschen und

[5] Die Akzeptanz von Schutzmaßnahmen hängt auch vom vertikalen Vertrauen in die kommunizierenden Behörden ab, siehe Abschnitt 5 – Vertrauen in Institutionen.

nach anderen zu schauen (Mähler et al. 2023, S. 191). Sie können zudem der Notfallvorsorge dienende Umbauten selbst vornehmen. Die Frage nach Wohneigentum oder Wohnen zur Miete kann zudem dabei helfen, den Versicherungsschutz gegenüber Schadensereignissen wie Hochwasser abschätzen zu können. Die Wohndauer lässt Rückschlüsse auf die Erfahrung der Befragten mit bestimmten Bedrohungssituationen an ihrem Wohnstandort und somit Bewältigungskapazitäten zu (Birkmann et al. 2010, S. 55). Unter Perspektive eines Baulichen Bevölkerungsschutzes[6] ist relevant, ob Personen durch ihre Wohnungssituation besonders exponiert gegenüber extremen Naturereignissen wie Starkregen und Hochwasser sind. Bei Hitzewellen spielen für die Vulnerabilität der Bevölkerung das Raumklima in Wohnräumen und die thermische Isolation von Wohnhäusern eine Rolle, somit kann die Erfassung von Baujahr, Gebäudegröße und Gebäudetyp relevant sein. Zudem besteht ein Zusammenhang zwischen Wohnen im Dachgeschoss und einer höheren Hitzebetroffenheit (Bach et al. 2013, S. 54–55).[7] Im Falle einer Freisetzung radioaktiver Stoffe wird vom BBK empfohlen, einen Kellerraum aufzusuchen, die Verfügbarkeit eines solchen ist daher eine weitere nützliche Information (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 2025, S. 28). Für den Grad der Notfallvorsorge ist außerdem relevant, ob man ländlich oder städtisch lebt. Menschen, die in Gegenden mit schlechterer Infrastruktur wohnen (z. B. weite Distanz zum nächsten Supermarkt), sind häufig besser mit Vorräten ausgestattet. Die Wohnsituation und die sozialstrukturellen Quartiersbedingungen wirken sich zudem auf das soziale Kapital und die nachbarschaftliche Unterstützungsbereitschaft aus (Tackenberg 2022; Tackenberg et al. 2025).[8]

(5) Das **Vertrauen in Institutionen** wird vom BBK an verschiedener Stelle als relevant erachtet. Je höher das Vertrauen in staatliche Institutionen und Behörden ist, desto eher werden deren Risikobewertungen von der Bevölkerung übernommen und desto wahrscheinlicher ist es, dass Warnungen ernst genommen werden und entsprechend gehandelt wird (Zehner et al. 2022, S. 18–19). Bei der Katastrophenkommunikation zwischen Bevölkerung und Behörden ist somit das institutionelle Vertrauen von hoher Bedeutung (Wahl und Gerhold 2021, S. 115). Im Rahmen des Projekts „Sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung der Bevölkerung" (Künzer und Tomczyk 2022) wurde das Vertrauen in warnende Institutionen erfasst – mit den höchsten Vertrauenswerten für die Feuerwehr (94,3 % sehr großes oder großes Vertrauen), gefolgt von Einsatzleitstellen (81,9 %), Polizei (76,7 %), Deutschem Wetterdienst (64 %) und lokaler Verwaltung (54,8 %). Zusätzlich wurden die Teilnehmenden der Studie nach ihrem Vertrauen in verschiedene Kanäle und Medien im Kontext von Warnungen befragt. Das größte Vertrauen besteht in Sirenen (84,6 % sehr großes oder großes Vertrauen) und Lautsprecherdurchsagen (79,9 %), aber auch ein hohes Vertrauen in „klassische" Medien (Radio 78,8 %, TV-Nachrichten 71,4 %, Zeitungen 63,7 %) lässt sich feststellen, während soziale Medien als Warnkanäle zum

---

[6] Der Bauliche Bevölkerungsschutz umfasst bauliche, technische und organisatorische Maßnahmen, die geeignet sind, vor den Folgen von Zerstörung, Sabotage oder auch Waffenwirkungen zu schützen oder deren Auswirkungen zu mildern. Dabei geht es um den Schutz von Personen, Sachwerten, infrastrukturell wichtigen Einrichtungen - sowohl in der eigenen Wohnung, bei der Arbeit als auch im öffentlichen Raum. https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Risikomanagement/Baulicher-Bevoelkerungsschutz/baulicher-bevoelkerungsschutz_node.html

[7] Statistische Daten zu Dachgeschosswohnungen sind allerdings im Allgemeinen bisher nicht verfügbar.

[8] Siehe Abschnitt 11 – Community Resilience.

Zeitpunkt der Erhebung ein geringeres Vertrauen genießen (14,2 %) (Künzer und Tomczyk 2022, S. 147–150). Allerdings sollte längsschnittlich beobachtet werden, ob es zu Veränderungen im den einzelnen Kanälen entgegengebrachten Vertrauen z. B. durch ein verstärktes Auftreten sozialer Blasen kommt. Vertikales Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen kann sich zudem unterschiedlich auf Vorsorge und Selbsthilfe sowie eine mögliche Verantwortungsdiffusion auswirken. Einerseits kann hohes Institutionenvertrauen dazu führen, dass Personen die Bewältigung von Krisen und Katastrophen als Aufgabe des Staates sehen bzw. sich dabei auf den Staat verlassen und selbst weniger vorsorgen. Andererseits kann ein hohes vertikales Vertrauen bewirken, dass Empfehlungen zur Selbstvorsorge eher akzeptiert und als sinnvoll betrachtet werden und Menschen mehr vorsorgen. Es wäre daher zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Institutionenvertrauen zu mehr oder weniger Eigenvorsorge veranlasst.

(6) Ein Großteil der Arbeit des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland wird weiterhin durch **Freiwilligenarbeit** geleistet. Hilfsorganisationen und die Einrichtungen des Bevölkerungsschutzes sind hochgradig abhängig von Ehrenamtlichen.[9] Die Gewinnung von Engagierten ist jedoch insbesondere in ländlichen Regionen aufgrund des demographischen Wandels, einer zunehmenden Mobilität der Bevölkerung, die eine langfristige Bindung erschwert, sowie einer zu geringen Attraktivität für neue Zielgruppen wie Frauen oder Menschen mit Migrationsgeschichte zunehmend vor Herausforderungen gestellt (Bartel und Schubert 2025, S. 4). Eine weitere Herausforderung sind Doppelverpflichtungen: Durch Mehrfachmitgliedschaften bzw. Engagement und Tätigkeiten in verschiedenen, im Katastrophenfall relevanten Organisationen (z. B. THW und freiwillige Feuerwehr) ist die tatsächliche Anzahl der verfügbaren Einsatzkräfte im Ernstfall nicht klar (Deutscher Feuerwehrverband 07.08.2025). Informationen zum freiwilligen oder sozialen Engagement bzw. zur Ehrenamtstätigkeit der Bevölkerung sind für die Erforschung und das Management von Krisen und Katastrophen deshalb zentral.

(7) Als weiterer Aspekt wird das **Informationsverhalten** der Bevölkerung benannt, weil es für die Kommunikations- und Warnungsstrategien der Schutzbehörden unmittelbar relevant ist. Das Forschungsprojekt „Kommunikation von Lageinformationen im Bevölkerungsschutz im internationalen Vergleich (KOLIBRI)" hat untersucht, wie aktuelle Lageinformationen von Gefahrenabwehrbehörden an die Bevölkerung kommuniziert werden und wie sich die Bevölkerung im Ereignisfall informiert (Wahl und Gerhold 2021). Zentrale Fragen dabei waren, welche Informationsbedürfnisse Menschen in einer Krisen- oder Katastrophensituation haben, welche Kanäle sie nutzen, um sich über das Ereignis zu informieren, und wie sie sich mit anderen dazu austauschen (Wahl und Gerhold 2021, S. 95). Im Rahmen des Projekts wurde eine international vergleichende Online-Querschnittsbefragung durchgeführt und die Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen in Bezug auf eine spezifische Katastrophensituation erfasst. Zudem wurde u. a. die Wichtigkeit, bestimmte Informationen (z. B. Wohlergehen

[9] Der Freiwilligenanteil liegt bspw. bei der Feuerwehr bei 94 % und beim THW bei 98 % (Bartel und Schubert 2025, S. 4.

nahestehender Personen, Schäden, Verkehrseinschränkungen) während einer solchen Situation zu haben, sowie die Partizipation an öffentlicher Krisenkommunikation, insbesondere das Teilen von Lageinformationen in sozialen Medien, erhoben. Aktuelle technologische Entwicklungen und die vermehrte Nutzung künstlicher Intelligenz können zu schnellen und umfassenden Veränderungen im Informationsverhalten, auch in Bezug auf Krisen und Katastrophen, führen. Repräsentative längsschnittliche Daten, die diese Anpassungen abbilden, sind in diesem Zusammenhang daher besonders notwendig.

(8) Im Zusammenhang mit einer Krisensituation ist die Identifizierung von Personen wichtig, die eine erhöhte **Vulnerabilität** bzw. Verletzlichkeit durch die jeweilige Schadenslage aufweisen (Mähler et al. 2023, S. 58). Dabei müssen sowohl die spezifische Lage als auch die Umstände und Bedrohungen, die sich daraus für verschiedene Bevölkerungsgruppen ergeben, genau betrachtet werden. So sind Obdachlose beispielsweise bei extremer Hitze oder Kälte stärker gefährdet als bei einem Stromausfall; während der Corona-Pandemie waren bestimmte Berufsgruppen besonders belastet. Es gibt keine definitive oder vollständige Liste vulnerabler Bevölkerungsgruppen und Vulnerabilität hat immer einen situativen Charakter. Bestimmte Faktoren wie Alter oder Mobilitätseinschränkungen führen jedoch zu einer erhöhten Verletzlichkeit in einer Vielzahl von spezifischen Lagen (Mähler et al. 2023, S. 58). Besonders vulnerable Gruppen in Notfallsituationen sind zudem hilfe- und pflegebedürftige Menschen sowie anderweitig körperlich, psychisch oder kognitiv beeinträchtigte Personen. Menschen aus bestimmten Ländern oder mit bestimmtem ethnisch-kulturellen Hintergrund können in gewissen Krisen von Diskriminierung betroffen sein. So haben Menschen asiatischer Herkunft vor allem zu Beginn der Corona-Pandemie vermehrt Rassismus erfahren (Dollmann und Kogan 2021; Suda und Köhler 2024), gegenwärtig (2026) werden im Zuge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine Russinnen und Russen bzw. russischsprachige Menschen kollektiv für den Krieg verantwortlich gemacht und angegriffen, gleichzeitig gibt es auch Anfeindungen gegen ukrainische Geflüchtete, insbesondere Frauen (Panagiotidis und Petersen 2023). Der Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel und die Reaktion Israels hat seit dem 7. Oktober 2023 zu einem massiven Anstieg antisemitischer Bedrohungen und Übergriffe in Deutschland geführt, sodass Juden und Israelis ebenfalls eine erhöhte Vulnerabilität aufweisen.[10] Es ist anzunehmen, dass diese durch den Krieg zwischen den USA und Israel und dem Iran sowie dem Libanon im Jahr 2026 noch verstärkt wird. Zu weiteren vulnerablen Gruppen in bestimmten Katastrophen- und Bedrohungssituationen zählen Kinder, Familien mit kleinen Kindern, Senioren, Schwangere, Menschen mit Behinderung oder Geflüchtete. Eine weitere relevante Gruppe umfasst Menschen, die sich um vulnerable Menschen kümmern. In bestimmten Situationen können diese dadurch selbst vulnerabler sein, die Pflege oder Betreuung anderer kann durch ein höheres Verantwortungsgefühl zudem Einfluss auf die Notfallvorsorgebereitschaft haben.

(9) Neben der Erfassung der in der Bevölkerung über den Zeitverlauf bestehenden Vulnerabilitäten ist für ein evidenzbasiertes Entscheidungshandeln der jeweiligen Akteure auch

[10] https://www.report-antisemitism.de/annuals/

die Kenntnis der bestehenden **Resilienzen** entscheidend. Dies bezieht sich auf die Fähigkeiten und Ressourcen, mit denen Krisen und Katastrophen bewältigt werden können, entweder auf individueller, organisationaler oder gemeinschaftlicher Ebene. **Individuelle Resilienz** meint eine dauerhaft gute psychische Gesundheit trotz Belastungen bzw. die Aufrechterhaltung oder rasche Wiederherstellung der psychischen Gesundheit während und nach schwierigen Lebensphasen. Resilienzfaktoren sind beispielsweise eine optimistische Denkweise, ein hohes Selbstvertrauen oder eine hohe Selbstwirksamkeitserwartung in Krisensituationen (Leibniz-Institut für Resilienzforschung 2025). Im Bevölkerungsschutz spielt die Förderung individueller Resilienz und damit verbundene Stärkung der psychosozialen Notfallkompetenz der Bürgerinnen und Bürger insbesondere in der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) und in der Notfallvorsorge eine zentrale Rolle, beispielsweise um psychischen Traumafolgestörungen vorzubeugen. Dies umfasst neben Widerstands- und Anpassungsfähigkeiten eine aus Wissen, Fähigkeiten sowie Werten und Haltungen bestehende Kompetenz, sich und andere in Notfallsituationen schützen und Betroffene unterstützen zu können. Dazu zählen Empathievermögen, Fähigkeit zur kritischen Reflexion, Verantwortungsübernahme und aktiven Informationssuche sowie zu sozialem Coping, Fähigkeit zu selbstverantwortlichem Handeln und im Sinne des Selbstschutzes zur angemessenen Regulation von Nähe und Distanz, „Caring-Orientierung" und Bereitschaft und Mut zu prosozialem oder altruistischem Verhalten (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 2020). Praktische Fähigkeiten und erlernte Kompetenzen im medizinischen, technischen oder militärischen Bereich können je nach Situation ebenfalls entscheidend zur Resilienz beitragen.

(10) **Organisationale bzw. betriebliche Resilienz** bezieht sich auf Organisationen, Unternehmen und Betriebe. Laut der Definition der International Organization for Standardization (ISO) ist organisationale Resilienz "the ability of an organization to absorb and adapt in a changing environment to enable it to deliver its objectives and to survive and prosper" (International Organization for Standardization (ISO) 2017). Flüter-Hoffmann et al. definieren verschiedene Fähigkeitsdimensionen[11] sowie kognitive, relationale und strukturelle Ressourcen, die für ein resilientes Verhalten erforderlich oder in resilienten Unternehmen vorhanden sind (Flüter-Hoffmann et al. 2018, S. 43–46). Organisationale Resilienz umfasst jedoch nicht nur die Fähigkeit, Krisen möglichst unbeschadet zu überstehen, sondern auch die Antizipation von Krisen und Strategien zur Krisenvermeidung (Danner-Schröder und Geiger 2016). Organisationen und Betriebe müssen Notfallkonzepte und Kompensationspläne für mögliche Personalausfälle entwickeln, um in einer Krisensituation die Produktion aufrechterhalten zu können. Eine von der Industrie- und Handelskammer (IHK) und dem BBK entwickelte Checkliste zur Stärkung der betrieblichen Resilienz umfasst zudem unter anderem die Sicherstellung der Führung, die Vorabprüfung von Gesetzen und Regelungen, Maßnahmen zur Standortsicherung und Objektschutz, Aufrechterhaltung von Lieferketten, Spionageabwehr und IT-Sicherheit (John-Koch et al. 2026). Schließlich ist ständiges Lernen und das Trainieren

[11] Klares Verständnis von der Umwelt, Widerstandsfähigkeit, Wiederherstellungsfähigkeit, Flexibilität

von Notfallsituationen zum Aufbau und zur Entfaltung von organisationaler Resilienz unerlässlich (Danner-Schröder und Geiger 2016, S. 207).

(11) **Community Resilience** als Widerstandskraft sozial-räumlicher Systeme gegenüber außergewöhnlich belastenden Ereignissen lässt sich in drei Hinsichten begreifen: Erstens in einem psychologisch-individuumszentrierten Verständnis als Summe der biographischen oder ereignisbezogenen Resilienz der einzelnen Mitglieder/Individuen einer Gemeinschaft; zweitens in einem institutionszentrierten Verständnis als institutionelle Resilienz mit Leistungsfähigkeit nach außen bzw. Krisenfestigkeit nach innen, oder drittens in einem psychosozialen Verständnis als Resilienz eines Gemeinwesens, die sich aus den stärkenden und schützenden Effekten sozialer Interaktionen speist und somit durch soziale Ressourcen und soziales Kapital definiert wird (Beerlage 2023). Soziales Kapital und sozialer Zusammenhalt können somit zentrale Mechanismen zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen bilden (Lukas und Tackenberg 2024, S. 207). Lukas und Tackenberg betonen zudem die kollektive Wirksamkeit und die persönliche Ortsverbundenheit als Indikatoren des Sozialkapitals (Lukas und Tackenberg 2024, S. 208). Die oben erwähnten Strukturen des freiwilligen Engagements (siehe (6) leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der kollektiven Resilienz.

(12) Schließlich ist die **eigene Handlungsbereitschaft** in Bezug auf Krisen und Katastrophen bzw. in einer Bedrohungslage eine entscheidende Größe, auch diese bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Verantwortungszuschreibung an den Staat und Eigenverantwortung durch die Bürgerinnen und Bürger. Das Wissen über die **persönliche Notfallvorsorge** stellt eine zentrale Informationsquelle für das Krisenmanagement dar, weil sich daran das bestehende Selbstschutz- und Selbsthilfepotential ableiten lässt. Entsprechend können Informationen zum Bevorraten von Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Medikamenten und anderen Gegenständen für den Katastrophenfall, aber auch zur Wahrnehmung und Bewertung der individuellen Notfallvorsorge sowie zu praktischen oder emotionalen Hemmnissen für individuelle Vorsorgemaßnahmen ein wichtiger Bestandteil eines Lagebilds der Bevölkerung sein. Dabei kann die subjektiv empfundene Vorsorge bzw. das Gefühl, gut auf den Krisenfall vorbereitet zu sein, abweichen von der tatsächlichen Preparedness, die sich beispielsweise aus den Empfehlungen und Checklisten des BBK ergibt. Bei der Messung des Grades der individuellen Notfallvorsorge besteht die Schwierigkeit, dass in verschiedenen Krisen- und Katastrophensituationen unterschiedliche Dinge wichtig sind und je nach Frageformulierung beispielsweise zwar Informationen über das Vorhandensein eines Notfallrucksackes oder Lebensmittelvorrats erhoben werden, aber nicht über die Bestückung des Rucksacks oder den Umfang des Vorrats. Für einen potenziellen Verteidigungsfall ist die **Verteidigungsbereitschaft** der Bevölkerung relevant. Die insbesondere durch den russischen Angriffskrieg verschärfte Sicherheitslage in Deutschland hat auch Forderungen einer „Zeitenwende in den Köpfen" oder einer „Zeitenwende im Mindset" (Kiesewetter 2025) nach sich gezogen. Die Diskussion um einen notwendigen Aufwuchs der Bundeswehr und die im Dezember 2025 erfolgte Verabschiedung des Wehrpflicht-Modernisierungsgesetzes (Deutscher Bundestag 01.01.2026) unterstreichen die Relevanz, entsprechende Informationen zu erheben, um daraus politische Entscheidungsgrundlagen für Politik und Verwaltung zu

erhalten. Die dazu vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) vorgeschlagenen Informationsbedarfe umfassen die persönliche Bereitschaft, Deutschland im Fall eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen, die Einschätzung der Verteidigungsbereitschaft von Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie mögliche Verhaltensweisen im Verteidigungsfall.[12]

4. Analyse: Krisen- und katastrophenbezogene Inhalte in sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen

Im nächsten Schritt geht es darum, zu überprüfen, inwieweit diese zwölf krisen- und katastrophenbezogenen Inhalte in den bestehenden Umfragestudien in Deutschland bereits verfügbar sind. Dabei wird darauf eingegangen, ob Fragen zu dem Thema bisher allgemein oder mit speziellem Bezug zu Krisen oder auf bestimmte Bedrohungssituationen gestellt wurden. Zudem wird analysiert, ob die Inhalte regelmäßig erfasst werden oder ob sie nur im Rahmen offener Module oder Zusatzbefragungen einmalig erhoben wurden. Basierend auf dieser Analyse sollen die thematischen Felder identifiziert werden, um die die bestehende sozialwissenschaftliche Forschungsdateninfrastruktur aus Sicht der Krisenforschung erweitert werden sollte. In Tabelle 1 sind die Studien aufgelistet, die die erörterten Auswahlkriterien – Erhebung von Mikrodaten, Zufallsstichproben, längsschnittliche Daten, Georeferenzierung – erfüllen und die Grundlage der Analyse bilden.

[12] Entsprechende Fragen dazu werden voraussichtlich in die Jahresbefragung 2026 des ZMSBw aufgenommen.

Tabelle 1:

Survey	Institution	Design	Einheiten	Grundgesamtheit	Zeitraum/ Frequenz	Stichprobenumfang (N)[13]
Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)	GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften	Trend	Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 J.	Seit 1980 / alle 2 Jahre	5.246 (ALLBUS 2023)
DeZIM.panel	Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)	Panel	Personen	Erwachsene Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 J., Oversampling von Menschen mit Migrationsgeschichte	Seit 2021 / vierteljährlich	3.892 (Welle 12, 2024)
FReDA – Das familiendemografische Panel	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB); GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften	Panel	Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland zwischen 18 und 49 J.	Seit 2021/ halbjährlich	21.279 (Welle W3B, 2023-2024)
GESIS Panel	GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften	Panel	Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 J.	2013-2020: zweimonatlich Seit 2021: dreimonatlich	5.462 (Welle mb, Mai-Juli 2025)
German Longitudinal Environmental Study (GLEN)	LMU München; RPTU Kaiserslautern; Universität Konstanz	Panel	Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 J.	Seit 2024 / halbjährlich	Ausgangsstichprobe Herbst 2024: 80.000
German Longitudinal Election Study (GLES)	Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW); GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften	Panel/ Trend	Personen	Zur Wahl des Deutschen Bundestags wahlberechtigte deutsche Bevölkerung	Seit 2009 / orientiert sich an BT-Wahlen	13.500 (GLES Panel 2025, Wave 32)
IAB-Betriebspanel	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)	Panel	Betriebe	Betriebsstätten mit mind. einer/einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Seit 1993 / jährlich	Brutto 56.788 Betriebe, 15.125 auswertbare Interviews (Welle 2023)

[13] Bezieht sich jeweils auf die letzte (veröffentlichte) Erhebungswelle, falls nicht anders angegeben.

Mikrozensus	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	Trend/ Panel[14]	Haushalte/ Personen	Gesamte Wohnbevölkerung in Deutschland	Seit 1957 / jährlich	Ca. 1 % der Bevölkerung in Deutschland
Nationales Bildungspanel (National Education Panel Study, NEPS)	Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi)	Panel	Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland, Teilstudien konzentrieren sich auf verschiedene Altersgruppen und Bildungsphasen	Seit 2008 / jährlich	Insgesamt 70.000 in 7 Startkohorten; 4.408 in SC6 (Erwachsene), Welle 16 (2023/24)
Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS)	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)	Panel	Haushalte/ Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland ab 15 J., Teilstichprobe mit mind. einem/-r Leistungsempfänger/in	Seit 2006 / jährlich	10.114 Haushalte (Welle 18, 2024)
Social Cohesion Panel (SCP)	Forschungsinstitut Sozialer Zusammenhalt (FGZ); Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)	Panel	Haushalte/ Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland	Seit 2021 / jährlich	7.993 (2023)
Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)[15]	Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)	Panel	Haushalte/ Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland ab 12 J.	Seit 1984 / jährlich	Brutto 22.609 Haushalte, 13.155 teilgenommen (SOEP Core 2024)
Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE)	SHARE ERIC	Panel	Personen/ Haushalte	Wohnbevölkerung ab 50 J.	Seit 2004/ alle 2 Jahre	4.536 Personen (Welle 9, Deutschland)

In den jeweiligen Studien wurden zunächst die regelmäßig wiederkehrenden Kernbefragungen untersucht. Einige Programme haben als Reaktion auf die Corona-Pandemie Sondererhebungen durchgeführt, die punktuell ebenfalls in die Analyse einbezogen wurden. Zu einigen Themenbereichen werden zudem Hinweise auf andere sozialwissenschaftliche Erhebungen gegeben, die einen Krisen- oder Katastrophenbezug haben, aber die vier genannten Kriterien nicht oder nur teilweise erfüllen (siehe Tabelle 2).

[14] Flächenstichprobe mit Rotation.

[15] Die Inhalte der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe und der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten in Deutschland wurden ebenfalls berücksichtigt, ebenso wie die Sonderbefragung „Sozio-ökonomische Faktoren und Folgen der Verbreitung des Coronavirus in Deutschland (SOEP-CoV)“

Tabelle 2:

Survey	Institution	Design	Einheiten	Grundgesamtheit	Zeitraum/ Frequenz	Stichprobenumfang (N)
COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO)	Universität Erfurt; Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin; Robert Koch Institut; Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung; Leibniz-Institut für Psychologie; Science Media Center	Querschnitts-Online-Erhebung	Personen	18-74 Jahre alte Wohnbevölkerung	2020-2022/ wöchentlich bis zweiwöchentlich	Ca. 1000 pro Welle
Freiwilligensurvey (FWS)	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ); Verian	Trend	Personen	Wohnbevölkerung in Deutschland ab 14 J.	Seit 1999/ alle fünf Jahre	27.542 (2024)
Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland (Jährliche Bevölkerungsbefragung des ZMSBw)	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Ipsos	Trend	Personen	Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben	Seit 1996/ jährlich	2.049 (2025)
SOEP-LEE 2 (Befragung zur Krisenresilienz von Unternehmen)	Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin; Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU); Freie Universität Berlin (FU Berlin)	Trend	Betriebe	Betriebe in Deutschland ab 10 Mitarbeitenden	2025	Brutto: 19.988 Betriebe Rücklauf: 1.225 Betriebe
ZiviZ-Survey	Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE); Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft	Trend	Organi-sationen	Eingetragene Vereine, gemeinnützige Kapitalgesellschaften, gemeinwohlorientierte Genossenschaften, rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts	Seit 2012/ alle 4-5 Jahre	Brutto: 125.000 Organisationen Rücklauf: 12.792 Organisationen (2023)

(1) Die **Risikowahrnehmung** in Bezug auf Krisen und Katastrophen wird in den betrachteten Langzeitstudien vereinzelt erfasst. In FReDA ist ein vom Generations and Gender Survey (GGS) übernommenes Modul zu globalen Unsicherheiten enthalten, das die Zukunftssorge vor bestimmten Risiken, u. a. Terrorismus, Klimawandel, Kriege und Pandemien, erfasst (Bujard et al. 2025, Welle W3B, Frage omo40). Im Social Cohesion Panel wird seit 2022 jährlich erfragt, inwiefern sich die Befragten von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Starkregen oder Stürmen an ihrem Wohnort betroffen fühlen.[16] Auch im GESIS Panel wurde 2023 einmalig ein Modul zur Wahrnehmung von Naturgefahren sowie die jeweilige Attribution zum Klimawandel und zur Wahrnehmung der Anpassungsfähigkeiten bzw. Preparedness auf lokaler und nationaler Ebene aufgenommen (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2025, S. 434–440). In SOEP-LEE 2 wurden Betriebe gefragt, wie hoch das Risiko einer Betroffenheit durch verschiedene Katastrophenszenarien in den nächsten fünf Jahren jeweils eingeschätzt und welche Maßnahmen ergriffen wurden.[17] In GLEN wurde gefragt, wie hoch das Risiko für verschiedene Extremwetterereignisse in den nächsten drei Jahren eingeschätzt wird (GLEN 2025d, S. 36). Im SOEP (Goebel et al. 2025) und in GLEN (GLEN 2025d, S. 31) wird regelmäßig erfasst, ob sich die Befragten Sorgen um verschiedene Bereiche machen, u. a. um Kriege bzw. die Erhaltung des Friedens, die Folgen des Klimawandels oder Kriminalität und öffentliche Sicherheit. Umfangreiche Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen werden in der jährlich vom ZMSBw erhobenen Bevölkerungsbefragung „Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in Deutschland" erhoben, es wird die Bewertung der aktuellen Sicherheitslage in der Welt und in Deutschland erfasst, das persönliche Sicherheitsgefühl sowie die Bedrohung durch verschiedene Faktoren wie Naturkatastrophen, Krieg, Terroranschläge, Fremdenfeindlichkeit oder Angriffe auf die kritische Infrastruktur (Graf 2025).

Für die Operationalisierung von Risikowahrnehmung in Bezug auf Pandemien ist das Erhebungsprogramm der mittlerweile eingestellten COSMO-Studie der Universität Erfurt aufschlussreich (Betsch et al. 2020). Dort wurden in mehreren Befragungswellen die Dimensionen kognitives Risiko (wahrgenommene Anfälligkeit, Schweregrad und Infektionswahrscheinlichkeit) und gefühltes Risiko (emotionale Komponente der Risikowahrnehmung: Dominanz des Themas, Angst und Besorgnis) abgefragt.[18] Allgemein und ohne Bezug zu Krisen- oder Bedrohungssituationen erfassen das SOEP, GLEN und das NEPS regelmäßig die persönliche allgemeine Risikobereitschaft (Beierlein et al. 2015).

Eine wertvolle Ergänzung zu den vorhandenen Erhebungen wäre somit die regelmäßige Erfassung der Risikowahrnehmung mit Bezug auf weitere bestimmte Krisen und Katastrophen in Panelbefragungen, um intraindividuelle Veränderungen über die Zeit und Zusammenhänge mit anderen Merkmalen und Einstellungen messen zu können. Auch die Auswirkung von bestimmten einschlägigen Ereignissen und der damit zusammenhängenden medialen Berichterstattung auf die Risikowahrnehmung im zeitlichen Verlauf könnte dabei interessant sein.

---

[16] Welle 2, Frage 23 (bisher unveröffentlicht).

[17] Bisher unveröffentlicht.

[18] https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/risiko-emotionen-sorgen/10-risikowahrnehmung/#risikodimensionen

(2) **(Vor-)Erfahrungen mit Krisen und Katastrophen** werden in den aktuellen Erhebungen nur indirekt bzw. zu ausgewählten Situationen erfragt. Eine Ausnahme bildet die GLEN-Studie, in der erfasst wird, ob die Befragten in den letzten drei Jahren verschiedene extreme Naturereignisse an ihrem Wohnort erlebt haben (GLEN 2025c, S. 18). Im Mikrozensus wird erhoben, ob das Haus oder die Wohnung der Befragten in den letzten fünf Jahren Schäden aufgrund von extremem Wetter oder Naturereignissen erlitten hat (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2025, S. 84). Im DeZIM-Panel werden die Teilnehmenden gefragt, ob sie oder ihre Familie eigene Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung gemacht haben (Dollmann et al. 2025, Befragungswellen bs1, bw3, cw3, dw3). Erfahrungen der Befragten mit der COVID-19-Pandemie wurden im Rahmen der Corona-Sonderbefragungen des GESIS Panel, NEPS, SOEP und SHARE erhoben. Dort wurden die eigene Infektion bzw. die Prävalenz im Haushalt und Umfeld erfasst, sowie durch die Pandemie bedingte Einschränkungen und Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden, Einkommen, Erwerbstätigkeit, Freizeitaktivitäten und Sozialleben. Einige der Fragen wurden anschließend in die jeweiligen Kernbefragungen aufgenommen, darüber hinaus wurden auch in den meisten der analysierten Panelstudien Items zu Pandemieerfahrungen inkludiert, allerdings nur im Zeitraum 2020 bis 2023.[19] Die wirtschaftlichen und personalpolitischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Betriebe wurden 2020 und 2021 im IAB-Betriebspanel und in SOEP-LEE 2 erhoben, bei letzterem mit einem Schwerpunkt auf Homeoffice. Im IAB-Betriebspanel wurde 2023 zudem die Betroffenheit von Industrie- und Wirtschaftsspionage erfasst (Glitz et al. 2025).

Eine Erhebung der persönlichen Erfahrung mit ereignisbezogenen Krisen und Katastrophen, auch über Naturereignisse hinausgehend, wäre wünschenswert. Mögliche Folgefragen nach erlittenen Schäden oder Beeinträchtigungen in Folge des erlebten Ereignisses würden zusätzliche Erkenntnisse bringen, beispielsweise zu emotionaler bzw. psychischer Betroffenheit oder materiellen Verlusten. Dabei spielt auch der Erhalt oder das Ausbleiben staatlicher Unterstützungsmaßnahmen während oder nach der Katastrophe eine Rolle. Durch die Verknüpfung der längsschnittlichen Umfragedaten mit kleinräumigen Geodaten und administrativen Informationen könnten Zusammenhänge zwischen Exposition, unmittelbarer Betroffenheit und institutioneller Reaktion sowie Verhaltens- und Einstellungsanpassungen analysiert werden.

(3) Umfassende Erhebungen der **Akzeptanz staatlicher Krisenmanagement-Maßnahmen** und damit zusammenhängender Einstellungen und Verhaltensweisen sind im Rahmen der Corona-Pandemie entstanden. So wurde im GESIS Panel von 2020 bis 2023 nach der Einschätzung der Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen wie Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen gefragt, nach dem eigenen Befolgen bestimmter (staatlich vorgeschriebener) Maßnahmen wie Abstandsregelungen und Tragen eines Mundschutzes sowie ob die Bundesregierung zu wenige oder zu viele Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise ergreift, u. a. bezogen auf medizinische Versorgung, Einschränkung des

[19] DeZIM Panel, FReDA, GESIS Panel, GLES Panel, NEPS, PASS, SCP, SOEP

gesellschaftlichen Lebens und Verminderung wirtschaftlicher Schäden.[20] Letzteres wurde ebenfalls im GLES Panel (German Longitudinal Election Study (GLES) 2025, Wellen 13–21, a2) erhoben, eine Bewertung bestimmter bzw. der allgemeinen Corona-Maßnahmen auch im Social Cohesion Panel (Groh-Samberg et al. 2023) und in FReDA (Bujard et al. 2025, Rekrutierungswelle W1R, Frage omo2). Im DeZIM Panel wurde 2022 und 2023 das politische Engagement für und gegen die Corona-Maßnahmen erhoben (Dollmann et al. 2025). Das GLEN Panel erfasst die Beurteilung politischer Maßnahmen für Umwelt- und Klimaschutz, mit einem Item zu Maßnahmen gegen extreme Wetterereignisse (GLEN 2025a, S. 10).

Die (hypothetische) Akzeptanz und potenzielle Befolgung staatlicher Schutzmaßnahmen in Katastrophensituationen z. B. in Folge von Naturereignissen oder eines militärischen Konflikts wird in keiner der analysierten Langzeitstudien erhoben. Interessant wäre zudem zu untersuchen, in welchem Zusammenhang das vertikale Vertrauen mit der Akzeptanz staatlicher Krisenmanagement-Maßnahmen und staatlicher Risikokommunikation (z. B. Akzeptanz und Umsetzung von Vorsorgeempfehlungen) stehen.

(4) Die meisten Studien erfassen regelmäßig und zum Teil sehr detailliert die **Wohnsituation** der befragten Personen oder Haushalte. Dies bezieht sich am häufigsten auf Eigentum oder Miete[21], Gebäudeart bzw. Haustyp[22] und Wohnfläche[23]. Das Baujahr sowie vorgenommene Renovierungen oder Umbauten sind im Mikrozensus, in GLEN und im SOEP enthalten, im SOEP wird zudem die Ausstattung der Wohnung abgefragt, einschließlich katastrophenrelevanter Items wie „barrierefreie Wohnausstattung" und „Keller" (Goebel et al. 2025). In SHARE wird erhoben, ob die Befragten in Alten- oder Pflegeheimen wohnen und ob es zuhause bauliche Maßnahmen für Menschen mit körperlichen Behinderungen oder gesundheitlichen Problemen gibt, von denen einige ebenfalls in Katastrophensituationen oder Evakuierungsnotfällen relevant sein könnten, beispielsweise „Rampen oder bodenebene Eingänge" oder „Alarmgeräte" (SHARE-ERIC 2024, S. 108).

Aus Sicht eines Baulichen Bevölkerungsschutzes wären Informationen zur Exponiertheit der Wohnung gegenüber Naturgefahren relevant, beispielsweise Wohnen in einer Senke oder in der Nähe eines Flusses. Bei georeferenzierten Daten können die Geokoordinaten dabei aufschlussreich sein. Zusätzlich sollten Studien durchgeführt werden, die kontextuelle Sozialraum- bzw. Quartiersbedingungen mit Umfragedaten verknüpfen (siehe auch Community Resilience).

(5) Das **Vertrauen in Institutionen** gehört zum Standardprogramm von Befragungen mit insbesondere politikwissenschaftlichem Schwerpunkt, jedoch nur allgemein und nicht im spezifischen Kontext von Katastrophen oder Bedrohungen. [24] Es werden in der Regel politische oder staatliche Institutionen, Einrichtungen oder Akteure erfasst, wie z. B. Bundesregierung,

[20] https://www.gesis.org/gesis-panel/dokumentation/dokumentation-gesis-panelpop/coronavirus-daten
[21] ALLBUS, FReDA, GLEN, Mikrozensus, PASS, SCP, SOEP-Core, SOEP-IS, SHARE
[22] ALLBUS, GLEN, Mikrozensus, SCP, SOEP-Core, SOEP-IS, SHARE
[23] FReDA, GLEN, Mikrozensus, PASS, SCP, SOEP-Core, SHARE
[24] ALLBUS, GESIS Panel, GLEN, GLES Panel, NEPS, PASS, SCP, SOEP, SHARE

Bundestag und politische Parteien. Unter den „Gefahrenabwehrbehörden" und warnenden Institutionen wird am häufigsten das Vertrauen in die Polizei[25] sowie in die Stadt- und Gemeindeverwaltung bzw. die öffentliche Verwaltung[26] erhoben, nicht jedoch in die Feuerwehr oder Hilfsorganisationen. Zudem wird in einigen Studien das Vertrauen in verschiedene Medien wie den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk[27], das Zeitungswesen[28], das Fernsehen[29] und die sozialen Medien[30] erfragt. Weitere relevante Institutionen werden nur vereinzelt hinsichtlich des Vertrauens in diese erfasst, beispielsweise die Bundeswehr (GLES) oder zivilgesellschaftliche Organisationen (Social Cohesion Panel). Im Rahmen von Corona-Zusatzbefragungen wurde zudem das Vertrauen in das Gesundheitsministerium und das Robert Koch-Institut erfasst.

Somit sind in den Fragen zum Institutionenvertrauen mehr Items zu krisen- und katastrophenrelevanten Einrichtungen und Gefahrenabwehrbehörden erforderlich (z. B. Vertrauen in die Feuerwehr, Bundeswehr, Rotes Kreuz oder weitere Blaulichtorganisationen). Darüber hinaus wäre die Rolle der einzelnen Akteure bei der Kommunikationen von Informationen aufschlussreich: Wer kommuniziert am besten welche Empfehlungen und Maßnahmen, damit sie von der Bevölkerung auch akzeptiert und erkannt werden, und welche Zusammenhänge bestehen zwischen vertikalem Vertrauen, Akzeptanz, Pflichtgefühl und kooperativem Verhalten?

(6) Mitgliedschaften und Aktivitäten in Organisationen oder Vereinen werden in einigen der analysierten deutschen Langzeitstudien erhoben,[31] u. a. mit Angaben zum Zeitumfang der freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Tätigkeit und zur Art der Organisation. Bei letzterer sind jedoch Feuerwehren, Hilfsorganisationen oder andere Einrichtungen des Bevölkerungsschutzes nicht separat aufgelistet und fallen somit meistens unter „Sonstige", Ausnahmen bilden das NEPS, bei dem der gesellschaftliche Bereich des Ehrenamts offen abgefragt wird und es das Label „Unfall- und Rettungsdienste" gibt (NEPS Network 2024), sowie GLEN, bei dem es bei der Frage nach der Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen die Kategorie „Katastrophenschutz, Feuerwehr" gibt (GLEN 2025d, S. 11). Bezogen auf Betriebe wird zudem in SOEP-LEE 2 gefragt, ob Beschäftigte freiwillig in lokalen oder regionalen Organisationen des Katastrophen- und Zivilschutzes (z. B. Feuerwehr, THW, Hilfsorganisationen) tätig sind und ob der Betrieb dieses Engagement über die gesetzlichen Regelungen hinaus durch Gehaltszulagen, Freistellungen, Kostenerstattungen oder Sachzuwendungen unterstützt.

Über die gängigen Panelstudien hinaus gibt es weitere Langzeiterhebungen, die für den Bereich aufschlussreich sind. So bietet der deutsche Freiwilligensurvey (FWS) ein zentrales

[25] ALLBUS, GESIS Panel, GLES Panel, NEPS, PASS, SCP, SOEP
[26] ALLBUS, GESIS Panel, GLEN, SCP, SHARE
[27] GLEN, GLES Panel, SOEP-IS
[28] ALLBUS, NEPS, PASS
[29] ALLBUS, NEPS
[30] GLES Panel, NEPS
[31] DeZIM Panel, GESIS Panel, GLEN, GLES, NEPS, PASS, SOEP Core, SHARE

Instrument der Dauerbeobachtung des freiwilligen Engagements in Deutschland. In einer querschnittlichen repräsentativen Telefonbefragung werden alle fünf Jahre die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten, damit verbundene Motivationsfaktoren und Strukturmerkmale, Potentiale für ehrenamtliches Engagement bei Nichtengagierten sowie informelle Unterstützungsleistungen erfasst, ergänzt durch soziodemografische Merkmale und Angaben zur Lebenssituation und Lebensqualität (Fritzsche et al. 2025). Laut den Daten des FWS lag die Engagementquote im Bevölkerungsschutz – also der Anteil der im Bevölkerungsschutz aktiven Personen relativ zur Wohnbevölkerung – über den Zeitraum von 1999 bis 2019 konstant bei etwa drei Prozent (Bartel und Schubert 2025, S. 6). Zur regelmäßigen Untersuchung von Organisationen der Zivilgesellschaft in Deutschland ist der ZiviZ-Survey eine geeignete Datenquelle. Dieser erfasst Strukturen und Entwicklungen von Vereinen, Stiftungen, gemeinnützigen Kapitalgesellschaften und gemeinwohlorientierten Genossenschaften (Schubert et al. 2023, S. 7). Im ZiviZ-Survey 2023 wurden 12.792 durch Registerauswahl[32] ermittelte und zufällig ausgewählte Organisationen befragt, 467 davon gaben an hauptsächlich im „Bevölkerungs- und Zivilschutz" tätig zu sein (Schubert et al. 2023, S. 49).

Durch den FWS und den ZiviZ lassen sich einige deskriptive Aussagen zum freiwilligen Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz aus Perspektive der Engagierten und der Organisationen treffen und Strukturveränderungen und Trends über den Zeitverlauf feststellen.

Eine Aufnahme zusätzlicher Items zu Organisationen des Bevölkerungsschutzes insbesondere in Panelstudien mit georeferenzierten Daten, die bereits nach ehrenamtlichem Engagement fragen, wäre dennoch wünschenswert, um weitere Merkmale und regionale Informationen verknüpfen zu können. Spannend aus Sicht der Bevölkerungsschutzes, aber in Langzeitstudien schwer umsetzbar, wären zudem Erkenntnisse darüber, wie sich Ehrenamtliche in Krisen und Katastrophen verhalten, wenn sie privat selbst von dem Ereignis betroffen sind.

(7) Hinsichtlich des **Informationsverhaltens** werden in einigen der analysierten Panelstudien die allgemeine Mediennutzung und die Informationskanäle in Bezug auf Politik und Nachrichten erfasst, meistens abgebildet durch die Nutzungshäufigkeit bestimmter Medien (u. a. Fernsehen, Tageszeitung, Radio, Internet, Soziale Medien).[33] Die Sonderbefragung des GESIS Panels hat zudem die bevorzugten Quellen zum Bezug von Informationen zum Coronavirus erhoben (GESIS Panel Team 2020). In dem Zusammenhang wäre es interessant, ob und wie weit sich vom allgemeinen Informationsverhalten und der allgemeinen Mediennutzung auf die (hypothetische) Informationssuche bezogen auf Katastrophen-situationen bzw. auf ein spezifisches Ereignis schließen lässt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Ereignisart einen Einfluss auf das Informationsverhalten hat und durch eine Spezifizierung der Situation validere Aussagen getroffen werden können (Wahl und Gerhold 2021, S. 141).

[32] Vereins-, Handels- und Genossenschaftsregister, Verzeichnis des Bundesverbands Deutscher Stiftungen
[33] ALLBUS, GESIS Panel, GLES, GLEN, SOEP Core, SHARE

Es fehlen somit in den Langzeitstudien Fragen zum (hypothetischen) Informationsverhalten in bestimmten Krisen und Katastrophensituationen, einschließlich Nutzung bestimmter Kanäle und (sozialer) Medien. Durch längsschnittliche Erhebungen ließen sich die Auswirkungen des Medienkonsums auf die individuelle Resilienz messen. Relevant für das Krisenmanagement und die Risikokommunikation wären zudem die Kompetenzen der Bevölkerung bei der Identifizierung von und im Umgang mit Desinformationen.

(8) Einzelne (potenzielle) Faktoren für erhöhte **Vulnerabilität** sind über die standardmäßig in allen Studien erhobenen sozio-demographischen Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen oder Migrationshintergrund zugänglich. Ebenfalls erheben die meisten Studien die berufliche Tätigkeit, sodass Mitarbeitende in KRITIS-Unternehmen oder auch Soldatinnen und Soldaten im aktiven Dienst identifiziert werden können. Informationen zu Menschen mit Behinderung als potenziell besonders vulnerable Gruppe werden teilweise erfasst. Die (freiwillige) Angabe, ob eine Behinderung durch amtlichen Bescheid festgestellt worden ist, gibt es im Mikrozensus, im NEPS, im PASS, im Social Cohesion Panel sowie im SOEP, in einigen Studien[34] finden sich weitere Fragen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Mobilitätseinschränkungen. In SHARE werden zudem mehrere Fragen zu Pflege und Unterstützungsbedarfen insbesondere älterer Menschen gestellt (SHARE-ERIC 2024). Andere marginalisierte Gruppen, denen eine hohe Vulnerabilität zugeschrieben wird, wie Obdachlose, Drogenabhängige oder Personen ohne Aufenthaltsrecht werden durch die regulären Bevölkerungsbefragungen kaum erfasst.

Je nach Art der Krise können unterschiedliche Bevölkerungsgruppen betroffen oder besonders vulnerabel sein. Um diese identifizieren zu können, sind möglicherweise weitere, über die Soziodemographie und den Beruf hinausgehende Merkmale notwendig, die sich jedoch noch nicht absehen lassen.

(9) Einige der in der Psychologie etablierten Skalen zur Erfassung **individueller Resilienz** (bspw. RS-25, RS-13 oder RS-11 nach Leppert et al. (2008) oder die Brief Resilience Scale nach Smith et al. (2008)) sind zu umfangreich, um regelmäßig in Surveys erhoben zu werden. Es existieren jedoch eine Reihe von Kurzskalen. So wurde in der Corona-Zusatzbefragung des SOEP Kurzskalen zu Resilienz und psychischer Gesundheit verwendet (Kühne et al. 2020, S. 32–34), im GESIS Panel wurde im Jahr 2020 ebenfalls ein Modul zur Resilienz in der Corona-Krise aufgenommen (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2025). Ansonsten werden in den meisten Studien Indikatoren individueller Resilienz erfasst, etwa Wohlbefinden, Lebenszufriedenheit[35] oder physische und psychische Gesundheit[36]. Zusätzlich werden Persönlichkeitsmerkmale erhoben, die meistens auf etablierten psychologischen Konzepten und Modellen wie den Big Five[37] oder den Werteorientierungen nach Schwartz[38] beruhen. Das Social Cohesion Panel (Groh-Samberg et al. 2023) sowie das SOEP (Goebel et al. 2025), GLEN

[34] u. a. ALLBUS, GLEN, Mikrozensus, NEPS, PASS, SCP, SOEP, SHARE
[35] ALLBUS, DeZIM Panel, FReDA, GESIS Panel, GLEN, GLES, Mikrozensus, NEPS, PASS, SCP, SOEP, SHARE
[36] ALLBUS, DeZIM Panel, FReDA, GESIS Panel, GLEN, Mikrozensus, NEPS, PASS, SCP, SOEP, SHARE
[37] DeZIM Panel, GLEN, NEPS, SOEP, SHARE
[38] Social Cohesion Panel, GLEN

(GLEN 2025c, S. 14) und NEPS (NEPS Network 2024) erfassen die internale-externale Kontrollüberzeugung (IE-4) bzw. den Locus of Control. Im PASS (Trappmann et al. 2024), GLEN (GLEN 2025b, S. 15) sowie in der dritten Welle von FReDA (Bujard et al. 2025, Subwave W3B, exp4) sind zudem Itembatterien zur Selbstwirksamkeit enthalten.

Unter den vielfältig erhobenen Persönlichkeitsmerkmalen und Indikatoren für individuelle Resilienz sollten aus einer theoretischen Perspektive diejenigen bestimmt werden, die für die Bewältigung von ereignisbezogenen Krisen und Katastrophen die höchste Relevanz haben. Daraus könnte ein konkretes Modul zur Krisenresilienz entwickelt werden.

(10) **Organisationale Resilienz** von Unternehmen und Betrieben kann sowohl durch allgemeinere Fähigkeiten und Ressourcen als auch spezifische krisenbezogene Merkmale und Maßnahmen erhoben werden. Im IAB Betriebspanel werden verschiedene Indikatoren erfasst, die als resilienzfördernd angesehen werden können: als kognitive Ressourcen die Qualifikationsstruktur der Mitarbeitenden, die Förderung von Weiterbildungen, der Einsatz von Kurzarbeit oder der gezielte Abbau von befristeter Beschäftigung, als relationale Ressourcen die Existenz eines Betriebsrats oder die Durchführung von Mitarbeitendenbefragungen und als strukturelle Ressourcen die Betriebsgröße, das Unternehmensalter, der technische Stand der Anlagen und der Betriebsausstattung sowie Innovationen (Fritzsche et al. 2025, S. 55–64; Bellmann et al. 2026). Für die nächste Erhebungswelle ist ein Modul zu Notfallplänen und Schutzmaßnahmen für verschiedene Infrastrukturausfälle sowie Aufrechterhaltungsmöglichkeiten der Produktion bei einem Stromausfall geplant. In der Sondererhebung von SOEP LEE 2 wurde Krisenresilienz unter mehreren Aspekten erfasst. Gefragt wurde u. a., ob es eine zuständige Person zur Ausarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen in Krisensituationen gibt, ob konkrete Maßnahmen für verschiedene Katastrophenszenarien wie Naturereignisse, Unfälle, Epidemien oder Cyber- und Spionageangriffe ergriffen oder geplant wurden, und ob entsprechende Reaktionspläne entwickelt, Übungen durchgeführt oder Weiterbildungen angeboten werden.[39]

Eine längsschnittliche Erfassung verschiedener Indikatoren organisationaler bzw. betrieblicher Resilienz und Preparedness mit explizitem Bezug zu Krisen und Katastrophen, beispielsweise auch zur Personalplanung für Krisensituationen oder Standortsicherheit, wäre eine wertvolle Ergänzung für ein umfassenderes Lagebild. Insbesondere die Zusammenhänge solcher krisenbezogenen Resilienzindikatoren mit anderen betrieblichen Merkmalen würde eine gezieltere politische Steuerung ermöglichen.

(11) Verschiedene Indikatoren können dazu dienen, soziales Kapital als **Community Resilience** bildende Ressource abzubilden. So wird in den meisten Studien das generalisierte Vertrauen in die Mitmenschen erhoben[40] sowie das Vertrauen in Institutionen und die Mitgliedschaft bzw. Aktivität in Vereinen und Organisationen (siehe oben). Im Social Cohesion Panel wird das Vertrauen in bestimmte Personengruppen (z. B. Familie, Freunde, Nachbarn, Kollegen) erfasst,

[39] Veröffentlichung steht aus.
[40] ALLBUS, DeZIM Panel, GESIS Panel, GLEN, Mikrozensus, NEPS, PASS, SCP, SOEP, SHARE

zudem werden Fragen zur Wahrnehmung und zum Idealbild des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland gestellt. Darüber hinaus gibt es Fragen zum Wertschätzungs- und Zusammengehörigkeitsgefühl und zur Unterstützung in der Familie, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft (Groh-Samberg et al. 2024). In GLEN (GLEN 2025b) wird der Zusammenhalt am Wohnort sowie Vertrauen und Unterstützung in der Nachbarschaft erhoben, NEPS (NEPS Network 2024) und PASS (Trappmann et al. 2024) erfassen das soziale Zugehörigkeits- bzw. Ausschlussgefühl. Im Mikrozensus wird gefragt, ob die Befragten außerhalb ihres Haushalts Verwandte, Freunde oder Nachbarn haben, die sie um Hilfe bitten können (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2025, Kernprogramm und Erhebungsteil Einkommen und Lebensbedingungen, Frage 318). Die Ortsverbundenheit wird im ALLBUS (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2024), im DeZIM Panel (Dollmann et al. 2025), GLEN (GLEN 2025d), im GLES (German Longitudinal Election Study (GLES) 2025) und im SOEP (Goebel et al. 2025)[41] regelmäßig erfasst.

Einige Studien erheben zudem die sozialen Netzwerke bzw. die soziale Einbettung der Befragten. Im SOEP wird nach verschiedenen Verwandten und deren Wohndistanz zur befragten Person gefragt. Auf diese Weise kann ein gutes Proxy für die insgesamt vorhandenen und räumlich nahen Verwandtschaftsbeziehungen erfasst und eine Gelegenheitsstruktur für potenzielle gegenseitige Unterstützung (und somit soziales Kapital) abgeleitet werden (vgl. Diewald et al. 2006). Zudem werden, genauso wie im ALLBUS und im PASS, die soziodemografischen Merkmale von nahestehenden Personen erhoben. So können Rückschlüsse auf die soziale Homogenität/ Heterogenität des engsten Freundeskreises gezogen werden (Goebel et al. 2025). SHARE erfasst ebenfalls die engsten Beziehungspersonen, deren Wohnentfernung sowie das Nähegefühl und die Kontakthäufigkeit, außerdem die allgemeine Zufriedenheit mit diesen Beziehungen (SHARE-ERIC 2024).

Lücken bestehen in den Langzeitstudien hinsichtlich der Frage, welche sozialen Unterstützungsnetzwerke und Strukturen in Krisensituationen (hypothetisch) genutzt werden könnten. Aus Sicht des Bevölkerungsschutzes wären zudem die Akzeptanz und das Image von Vorsorgeverhalten im sozialen Umfeld sowie die Erfassung der kollektiven Katastrophenvorsorge interessant: Inwieweit sind welche Ressourcen im engen sozialen Umfeld vorhanden und werden in Krisen und Katastrophen geteilt (inklusive seelischer Beistand und Trost, Fähigkeiten und physisch-materielle Ressourcen)? Durch eine Erhebung von sozialen Kontakten zu Einsatzkräften könnte zudem antizipiert werden, wie schnell Menschen an solide Informationen aus erster Hand gelangen („Bridging Social Capital").

(12) Informationen zur **eigenen Handlungsbereitschaft in Bezug auf Krisen und Katastrophen** liegen bisher kaum vor. Die (hypothetische) Unterstützungsbereitschaft wird im DeZIM-Panel in Bezug auf den Ukraine-Krieg und das Engagement für Geflüchtete erhoben

[41] SOEP Core Personenbefragungen 2009, 2014, 2019

(Dollmann et al. 2025)[42]. In den betrachteten Langzeitstudien wurden keine Fragen zur **persönlichen Notfallvorsorge** auf der Personen- oder Haushaltsebene gefunden, allerdings plant GLEN die Aufnahme eines entsprechenden Moduls in eine der nächsten Befragungswellen.[43] Informationen zur **Verteidigungsbereitschaft** werden bisher in den analysierten Studien nicht erhoben. Seit 2021 wird die persönliche Verteidigungsbereitschaft[44] in der Jahresbefragung des ZMSBw erfasst, mit einem Altersfilter von 18 bis 50 Jahren (Graf 2025, S. 37–38). Fragen zur Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Verteidigungsbereitschaft sollen in den kommenden Jahresbefragungen aufgenommen werden, außerdem weitere individuelle Verhaltensweisen im Verteidigungsfall wie das Verlassen des Landes, ein Engagement im Zivilschutz, im medizinischen Bereich oder im Militär (auch ohne den Einsatz von Waffengewalt), sowie die Übernahme von Aufgaben in der Nahrungsmittel- oder Energieversorgung oder in der Produktion von Rüstungsgütern.

Benötigt würden somit Module zur persönlichen Notfallvorsorge in Langzeiterhebungen, die mit einer reduzierten Anzahl an Items die Preparedness-Empfehlungen des BBK abdecken. Hierbei wären auch Umfang, Grad und potenzielle Hemmnisse für Notfallvorsorge relevant. Um das Problem möglicher Paneleffekte (Befragte werden durch Item-Listen auf bestimmte Vorkehrungsmaßnahmen aufmerksam und ändern über die Zeit ihr Verhalten, die zu repräsentierende Grundgesamtheit jedoch nicht) zu vermeiden, wäre alternativ oder zusätzlich eine Frage nach subjektiver Preparedness (Wie gut fühlen Sie sich vorbereitet?) sinnvoll. Eine Erhebung der Verteidigungsbereitschaft und des potenziellen Verhaltens im Krisen- oder Verteidigungsfall in Panelstudien wäre ein großer Gewinn, da bisher keine Informationen über intraindividuelle Veränderungen der entsprechenden Einstellungen und Merkmale vorliegen. Durch eine längsschnittliche Erfassung und die In-Bezug-Setzung zu anderen Merkmalen könnten die Auswirkungen von Kontextveränderungen und Ereignissen eingeordnet und entsprechende Veränderungen besser erklärt werden.

5. Fazit

Die Analyse zeigt, dass es zu so gut wie allen als Bedarfe identifizierten Themen bereits inhaltliche Anknüpfungspunkte in den großen deutschen Langzeitstudien gibt, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß und sehr verteilt, sodass sich kein Bild der Gesamtlage ermitteln lässt. In Bezug auf länger andauernde und die gesamte Bevölkerung betreffende Krisen wie die Corona-Pandemie sind zeitweise viele und detaillierte Informationen erhoben worden. Fragen mit Bezug zu ereignisbezogenen Katastrophen wie Hochwasser, die potenziell nicht die deutsche Gesamtbevölkerung betreffen, treten deutlich seltener auf.

[42] „Ich kann mir vorstellen, mich ehrenamtlich für Flüchtlinge aus der Ukraine zu engagieren/ Flüchtlinge aus der Ukraine vorübergehend bei mir zuhause aufzunehmen / Geld zu spenden“

[43] Rohs et al. haben zudem 2024 eine repräsentative Umfragestudie zu Katastrophenvorsorge von Haushalten in Deutschland durchgeführt (Rohs et al. 2024).

[44] „Wären Sie bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?“

Informationen zur persönlichen Notfallvorsorge für Krisen- und Katastrophensituationen werden bisher nicht im Längsschnitt erfasst. Die Entwicklung und Einbringung eines entsprechenden Moduls wäre vor dem Hintergrund aktueller und zukünftiger Bedrohungsszenarien und Krisenereignissen, wie dem mehrtägigen Stromausfall in Teilen Berlins im Januar 2026, äußerst wünschenswert und steht nach der hier durchgeführten Analyse als Empfehlung an oberster Stelle. Aus sicherheitspolitischer Perspektive wäre zudem die längsschnittliche Erfassung der Handlungs- und Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung von hoher Relevanz. Diese wird bisher zwar in der Jahresbefragung des ZMSBw erhoben, eine Aufnahme in Panelbefragungen würde jedoch intraindividuelle Veränderungen und Zusammenhänge mit anderen Merkmalen und Einstellungen messbar machen.

In einigen relevanten Bereichen werden die Fragestellungen allgemein gehalten und nicht auf Krisen, Katastrophen oder Notfallsituationen ausgelegt, z. B. bei Informationsverhalten und Mediennutzung. Die Risikowahrnehmung in Bezug auf Krisen und Katastrophen wurde nur vereinzelt und konjunkturell erfasst, sollten Studien diesbezüglich Ergänzungen vornehmen bietet sich möglicherweise eine Orientierung an COSMO oder den regelmäßigen Befragungen des ZMSBw an. Fragen zu Vorerfahrungen mit Krisen sowie zur Akzeptanz von Schutzmaßnahmen finden sich fast ausschließlich in Bezug auf die Corona-Pandemie. Das Vertrauen in Institutionen und die Aktivität in Vereinen und Organisationen wird hingegen in den meisten Langzeitstudien erhoben. Entsprechend wäre der Aufwand vergleichsweise gering, jeweils ausgewählte Gefahrenabwehrinstitutionen bzw. Organisationen des Bevölkerungsschutzes als zusätzliche Items aufzunehmen.

Einige der in bestimmten Krisensituationen als potenziell vulnerabel identifizierten Gruppen werden von den Langzeitstudien durch die Erhebung soziodemografischer Merkmale recht gut erhoben, Informationen zu anderen, spezifischeren Gruppen oder Vulnerabilitätsindikatoren gibt es dagegen seltener. Die individuelle Resilienz wird meist nicht direkt erfasst und kann nur in einigen Studien über andere psychologische Merkmale angenähert werden. Organisationale Resilienz wird durch die Erhebung bestimmter in den Unternehmen vorhandener Ressourcen erfasst, allerdings bisher nicht krisenbezogen im Längsschnitt. Kollektive Resilienz (Community Resilience) wird von einigen Studien durch die Erfassung sozialer Netzwerke und gesellschaftlicher Einbettung erschlossen. Es bedarf allerdings spezifischerer theoretisch und empirisch unterlegter Konzepte, um zu untersuchen, welche der in den Langzeitstudien bereits vorhandenen Indikatoren für die Bestimmung von Vulnerabilität und Resilienz in definierten Krisen und Katastrophen am aussagekräftigsten sein könnten.

Vor dem Hintergrund der rasant fortschreitenden geopolitischen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen und der dadurch notwendigen Auseinandersetzung mit multiplen sich überlappenden Krisen, Katastrophensituationen und Bedrohungslagen sind Entscheidungstragende und die zuständigen Behörden des Zivil- und Bevölkerungsschutzes auf eine schnelle Schließung der hier aufgezeigten Lücken angewiesen. Im Sinne einer evidenzbasierten Politikberatung, die eine Grundlage bildet, um in einer Krisensituation konkrete Maßnahmen treffen zu können, ist es die Aufgabe der Sozialwissenschaften, über

simple deskriptive Statistiken hinausgehend empirische Zusammenhänge herauszuarbeiten, die auf statistischen Modellierungen beruhen und verallgemeinerbare Rückschlüsse auf eine Grundgesamtheit ziehen lassen. Dazu ist neben der Erhebung qualitativ hochwertiger, längsschnittlicher und mit regionalen und administrativen Informationen verknüpfbarer Daten auch eine professionelle Datenaufbereitung und -visualisierung entscheidend, um wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse erzielen zu können und diese präzise und anschaulich darzustellen.

Eine Integration der erwähnten krisenbezogenen Fragen und Items in die etablierten längsschnittlichen Umfrageprogramme ist somit nicht nur aus einem inhaltlichen Erkenntnisinteresse heraus wichtig. Durch die Nutzung der in den jeweiligen Institutionen und angeschlossenen Forschungsdatenzentren über Jahre und Jahrzehnte gefestigten Infrastrukturen würde eine erfolgreiche Aufbereitung, Auffindbarkeit und Nachnutzung der Daten sichergestellt.

Um die kommenden Krisen und Katastrophen bewältigen zu können, ist ein permanenter Austausch zwischen den verschiedenen sozial- und nicht-sozialwissenschaftlichen Disziplinen, den Praxisakteuren des Bevölkerungsschutzes und der Hilfsorganisationen sowie politischen Entscheidungstragenden unabdingbar. Nur so können weiterhin bestehende und neue Erkenntnis- und Erhebungsbedarfe identifiziert und erfüllt werden, um schließlich durch gezielte Risikokommunikation und Schutzmaßnahmen die Bevölkerung bestmöglich zu wappnen.

Schlussfolgernd schlagen wir folgende Maßnahmen vor, die sich teilweise an unterschiedliche Adressaten wenden, jedoch insgesamt darauf abzielen die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure zu fördern:

(1) Die Etablierung eines permanenten Austauschformats zwischen Vertreterinnen und Vertretern der sozialwissenschaftlichen Dateninfrastrukturen und der wichtigsten Langzeit- und Panelstudien mit einem Fokus auf der Erforschung von Krisen und Katastrophen. Durch in einer gewissen Regelmäßigkeit stattfindende virtuelle und Präsenztreffen kann ein stetiger Informationsfluss gesichert und ein Forum für den Ideenaustausch und mögliche Kooperationen geschaffen werden. Der Austausch sollte sowohl auf der Leitungs- und Entscheidungsebene stattfinden, um strategische Fragen zu diskutieren und zu koordinieren und beispielsweise mögliche Dopplungen zu vermeiden, als auch auf der operativen Ebene, um Herausforderungen bei der Umsetzung in den Erhebungen zu besprechen und Erfahrungen sowie Best Practices zu teilen. Bereits bestehende Institutionen im Bereich Datenproduktion und Datenmanagement, wie der Ständige Ausschuss Forschungsdateninfrastruktur (FDI Ausschuss), in dem sich die vom RatSWD akkreditierten Forschungsdatenzentren zusammenschließen und austauschen, sollten dabei explizit eingebunden werden. Denkbar wäre auch eine Vernetzung und die Herstellung von Synergien mit den jährlich stattfindenden Workshops der Panelsurveys im

deutschsprachigen Raum.[45] Das Ziel sollte eine gezielte Koordinierung und effiziente Arbeitsteilung der Studien und Dateninfrastrukturen sein, um die Gewinnung krisen- und katastrophenbezogener Erkenntnisse aus einer gesamtwissenschaftlichen Perspektive zu verbessern und im Krisenfall auch schnell reagieren zu können.

(2) Die Entwicklung und Bereitstellung von Erhebungsinstrumenten zu den hier als Bedarfe identifizierten krisen- und katastrophenbezogenen Themen, um diese als Standardmodule in geeignete Langzeitstudien aufzunehmen. Bereits vorhandene und möglichst getestete Instrumente aus thematisch einschlägigen Einzelstudien könnten dafür eine Grundlage bieten, durch die statistische Analyse der daraus bezogenen Datensätze könnten für Langzeitstudien geeignete Kurzmodule entwickelt werden. Dazu sollte auf die in den etablierten Umfrageprogrammen vorhandene methodische Expertise zurückgegriffen werden. Durch den vom RatSWD veröffentlichten Standardkatalog zur Erhebung soziodemographischer und krisenbezogener Variablen (Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) 2023) sowie eine Online-Informationsplattform zu krisen- und katastrophenrelevanten Daten, die ebenfalls eine Sammlung an Erhebungsinstrumenten umfasst,[46] wurden bereits Schritte in diese Richtung unternommen. Für die Aufnahme krisen- und katastrophenbezogener Module in Langzeitstudien ergeben sich prinzipiell zwei Möglichkeiten: Erstens könnten für verschiedene Krisenarten relevante Basismodule entwickelt und studienübergreifend abgestimmt werden, beispielsweise zu Resilienz oder Vorerfahrung mit Krisen und Katastrophen, die idealerweise parallel in mehrere Panel- oder Trendbefragungen aufgenommen werden. Dadurch könnten Daten verglichen und gepoolt werden, sodass gerade für die Erfassung von Personen, die von regionalen Katastrophen betroffen sind, die Fallzahlen erhöht werden könnten. Zweitens könnten im Sinne der angesprochenen „Arbeitsteilung" einzelne Studien gezielte Erweiterungen ihrer Befragungen vornehmen und dabei einen Fokus auf die krisenbezogenen Themen legen, die ihrem Schwerpunkt jeweils am Ehesten entsprechen – beispielsweise das SOEP als Haushaltssurvey Fragen zu häuslichen Vorsorgemaßnahmen, das NEPS Fragen zur Krisenresilienz von Bildungseinrichtungen oder SHARE Fragen zu potenziellen Vulnerabilitäten und Pflege- und Unterstützungsbedarfen in spezifischen Krisensituationen, beispielsweise Versorgung während eines Blackouts oder Evakuierung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität bei Hochwasser.[47]

Beide Optionen haben Vor- und Nachteile: Eine Abstimmung und Aufnahme krisenbezogener Kernmodule durch mehrere Studien ist realistischerweise schwer umzusetzen und erfordert einen hohen Koordinationsaufwand. Die Fragen müssten kurz, allgemein gut verständlich, nicht zu spezifisch und vor allem ihre übergreifende

[45] Der 18. Panelworkshop fand zuletzt im Februar 2026 statt: https://www.freda-panel.de/FReDA/DE/News-Termine/Workshop-Panelsurveys/workshop-panelsurveys-2026.html

[46] https://krisendaten.de/ressourcen/erhebungsinstrument/

[47] Während der Verfassung dieses Papiers wurden bereits erste Prozesse zur Integration von krisen- und katastrophenbezogenen Erhebungsinstrumenten für kommende Befragungswellen begleitet, im IAB Betriebspanel ein Modul zu Krisenresilienz von Unternehmen und in GLEN ein Modul zu persönlicher Notfallvorsorge.

Notwendigkeit gut begründet sein. Ein großer Vorteil wäre jedoch die Vergleichbarkeit der Daten, auch über längere Zeiträume, sowie die Möglichkeit des Datenpoolings und Vergrößerung der Stichprobe. Eine fragmentierte Integration verschiedener krisenbezogener Fragen in unterschiedliche Surveys führt nur stückweise zu einem kohärenteren Gesamtbild, ist jedoch einfacher und schneller umzusetzen. Letztlich scheint eine Kombination beider Vorgehensweisen die praktikabelste Strategie. Werden in einzelnen Langzeitstudien neue Fragen aufgenommen, die sich über die Zeit bewähren, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass auch andere Studien diese dann etablierten Instrumente übernehmen und die Notwendigkeit krisenbezogener Inhalte erkannt sowie Koordinationsprozesse angeregt werden. In jedem Fall sollte bei der Entwicklung der Module unbedingt auf die in den Dateninfrastrukturen bestehende Expertise zurückgegriffen und die Erkenntnisbedarfe der Krisen- und Katastrophenforschung sowie der Praxis berücksichtigt werden, und die Instrumente hinreichend getestet werden.

(3) Die stärkere Vernetzung der Sozialwissenschaften und Datenproduktion mit weiteren Expertinnen und Experten aus der Krisen-, Katastrophen- und Sicherheitsforschung, mit Praxisakteuren aus dem Zivil- und Katastrophenschutz und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung und eine daraus resultierende bessere und schnellere Reaktionsfähigkeit in Krisensituationen. Dies sollte für verschiedene gesellschaftliche Krisen und Katastrophen relevante Bereiche umfassen, beispielsweise Gesundheit, Umwelt oder innere und äußere Sicherheit. Durch den gegenseitigen Wissenstransfer und das Zusammenbringen unterschiedlicher Perspektiven und Interessen könnten sowohl für die Wissenschaft als auch die Praxis wertvolle Erkenntnisse für die Erforschung und das Management von aktuellen und bevorstehenden Krisen gewonnen werden. Ein daran anknüpfendes Ziel wäre die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, beispielsweise angesiedelt beim RatSWD, die unter Nutzung der aufgebauten Netzwerke in unmittelbaren Krisen- und Katastrophensituationen Forschung, Dateninfrastruktur und Praxis zusammenbringt, eine schnelle Reaktion und effiziente Koordination der verschiedenen Akteure ermöglicht und insbesondere die Bereitstellung von und den Zugang zu entsprechenden relevanten Daten verbessert.

(4) Eine bessere Verknüpfung von georeferenzierten Umfragedaten mit regionalen und administrativen Kontextinformationen, die für Krisen und Katastrophen relevant sind. Dies umfasst beispielsweise Daten zu Umwelt und Klima, Gesundheits- und epidemiologischen Daten, Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, Kriminalitätsstatistiken oder Unfall- und Versicherungsdaten. Die Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI), die die Erschließung und Nutzbarmachung von Datenbeständen aller wissenschaftlichen Disziplinen fördert, ist in diesem Zusammenhang ein zentraler Akteur. Durch Record Linkage der verschiedenen Datentypen könnten mehrschichtige Analysen von Individuum, räumlichen Kontexten und institutionellen Strukturen ermöglicht und tiefere sozialwissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden. Eine Voraussetzung dafür ist die Verfügbarmachung von Daten der öffentlichen Hand für die Forschung und die gesetzliche Ermöglichung einer bereichsübergreifende Verknüpfung dieser Daten. Der RatSWD setzt

sich mit Unterstützung diverser Fachgesellschaften und Konsortien der NFDI seit Langem dafür ein, dass das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankerte und für 2026 erwartete Forschungsdatengesetz diese Bedarfe adressiert und dafür eine entsprechende rechtliche Grundlage in Deutschland schafft (Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) 2026). Die sozialwissenschaftliche Krisen- und Katastrophenforschung kann dabei als Prisma dienen, das die Lücken und Bedarfe für eine umfassendere gesellschaftliche Gesamtanalyse und evidenzbasierte Politikberatung aufzeigt und in Anbetracht der aktuellen politischen und sozial-ökologischen Lage die Notwendigkeit einer schnellen und gezielten gesetzlichen Anpassung unterstreicht.

Literaturverzeichnis

Bach, C., Birkmann, J., Kropp, J., Olonscheck, M., Setiadi, N., Vollmer, M. & Walther, C. (2013). *Abschätzung der Verwundbarkeit gegenüber Hitzewellen und Starkregen* (09. Aufl.). *Praxis im Bevölkerungsschutz: Bd. 11*. BBK. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/PiB/PiB-11-abschaetzung-hitzewellen-starkregen.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Bartel, J. & Schubert, P. (2025). *Engagement im Ernstfall – Zahlen und Fakten zu freiwilligem Engagement und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bevölkerungsschutz*. Berlin. ZiviZ im Stifterverband. https://doi.org/10.5281/zenodo.14899752

BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe). (2020). *Resilienz* (Bevölkerungsschutz 1/2020). Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/BSMAG/bsmag_20_1.pdf?__blob=publicationFile

BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe). (2025). *Vorsorgen für Krisen und Katastrophen.* Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Buergerinformationen/Ratgeber/ratgeber-notfallvorsorge.pdf?__blob=publicationFile

BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) (Hrsg.). (2022). *Zivilschutz* (Magazin Bevölkerungsschutz Nr. 2). https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/BSMAG/bsmag-22-02.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Beerlage, I. (2023). Resilienz von Gemeinschaften, Städten und Gemeinwesen/Community Resilience 1 Hintergründe, Verständnis und Modelle. In Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.), *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden.* https://doi.org/10.17623/bioeg:q4-i1391-1.0

Beierlein, C., Kovaleva, A., Kemper, C. J. & Rammstedt, B. (2015). *Kurzskala zur Erfassung der Risikobereitschaft (R-1): Open Access Repository für Messinstrumente.* Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS). Open Access Repositorium für Messinstrumente; ZIS Open Access Repository by GESIS. https://doi.org/10.6102/ZIS236

Bellmann, L., Gensicke, M., Grau, K., Kohaut, S., Möller, I., Oberfichtner, M., Schwengler, B., Tschersich, N. & Umkehrer, M. (2026). *IAB-Betriebspanel (IAB BP) – Version 9324 v1*. https://doi.org/10.5164/IAB.IABBP9324.DE.EN.V1

Betsch, C., Wieler, L. H. & Habersaat, K. (2020). Monitoring behavioural insights related to COVID-19. *Lancet (London, England)*, *395*(10232), 1255–1256. https://doi.org/10.1016/S0140-6736(20)30729-7

Birkmann, J., Vollmer, M. & Wolfertz, J. (2010). Abschätzung der Verwundbarkeit der Bevölkerung gegenüber Hochwasserereignissen. In Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.), *Praxis im Bevölkerungsschutz: Bd. 4. Abschätzung der Verwundbarkeit gegenüber Hochwasserereignissen auf kommunaler*

Ebene (S. 54–96). https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/PiB/PiB-04-hochwasser-kommuna-ebene.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Bösch, F., Deitelhoff, N. & Kroll, S. (2020). *Handbuch Krisenforschung*. *Handbuch*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-28571-5

Bujard, M., Gummer, T., Hank, K., Neyer, F. J., Pollak, R., Schneider, N. F., Spieß, C. K. & Wolf, C. (2025). *FReDA – Das familiendemografische Panel*. Köln. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS). https://doi.org/10.4232/1.14462

Danner-Schröder, A. & Geiger, D. (2016). Organisationale Resilienz. *Führung und Organisation*, *85*(3), 201–208. https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/geiger/archiv/publikationen/danner-schroeder-geiger-zfo-2016.pdf

Deutscher Feuerwehrverband. (2025, 7. August). *Feuerwehren fordern: Zivil- und Katastrophenschutz ist eine gemeinsame Aufgabe* [Press release]. https://www.feuerwehrverband.de/feuerwehren-fordern-zivil-und-katastrophenschutz-ist-eine-gemeinsame-aufgabe/

Diewald, M., Lüdicke, J., Lang, F. & Schupp, J. (2006). *Familie und soziale Netzwerke: Ein revidiertes Erhebungskonzept für das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahr 2006* (Research Notes Nr. 14). Berlin. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.44268.de/rn14.pdf

Dollmann, J., Jacobsen, J., Lietz, A., Schmälzle, M., Siegel, M., Zimmermann, S., Köhler, J., Boerschmann, V., Mayer, S. J., Chouaibi, D. & Kalter, F. (2025). *DeZIM.panel Data Release 5.0.0.* Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). https://doi.org/10.34882/dezim.panel.download.5.0.0

Dollmann, J. & Kogan, I. (2021). COVID-19-associated discrimination in Germany. *Research in Social Stratification and Mobility*, *74*, Artikel 100631. https://doi.org/10.1016/j.rssm.2021.100631

Flüter-Hoffmann, C., Hammermann, A. & Stettes, O. (2018). *Individuelle und organisationale Resilienz: Theoretische Konzeption und empirische Analyse auf Basis eines kombinierten Beschäftigten-Betriebsdatensatzes*. *Forschungsberichte aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft: Bd. 127*. Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH. http://hdl.handle.net/10419/190956

Fritzsche, A., Leven, I., Rysina, A., Schneekloth, U. & Wolfert, S. (2025). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Zentrale Ergebnisse des Sechsten Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2024).* Bundeskanzleramt, Staatsministerin für Sport und Ehrenamt. https://www.bundesregierung.de/resource/blob/2348674/2393502/bd584f7043a033e56a1923af79abac55/2025-11-14-freiwilligensurveys-data.pdf?download=1

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. (2024). *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS - Kumulation 1980-2021: ZA5284; Version 1.1.0*. Köln. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS). https://doi.org/10.4232/1.14333

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. (2025). *GESIS Panel.pop Population Sample – Standard Edition: Study Description*. Köln. https://doi.org/10.4232/1.14587

GESIS Panel Team. (2020). *GESIS panel special survey on the coronavirus SARS-CoV-2 outbreak in Germany* (GESIS Datenarchiv ZA5667 Datenfile Version 1.1.0). Köln. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.4232/1.13520

GLEN. (2025a). *Codebuch Rekrutierungsbefragung 2024/2025: Pre-Release*. https://glen-studie.de/wp-content/uploads/2025/12/Fragebogen_Rekrutierung.pdf

GLEN. (2025b). *Codebuch Starterbefragung 2025: Pre-Release*. https://glen-studie.de/wp-content/uploads/2025/12/Fragebogen_Starter.pdf

GLEN. (2025c). *Codebuch Welle 1a 2025.: Pre-Release*. https://glen-studie.de/wp-content/uploads/2025/12/Fragebogen_W1a.pdf

GLEN. (2025d). *Codebuch Welle 1b 2025: Pre-Release*. https://glen-studie.de/wp-content/uploads/2026/01/Fragebogen_W1b.pdf

GLES (German Longitudinal Election Study). (2025). *GLES Panel Fragebogenkumulation, Wellen 1-32*. Köln. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.4232/1.14114

Glitz, A., Kohaut, S. & Möller, I. (2025). *Befragung zu Industrie- und Wirtschaftsspionage in Deutschland: Neun Prozent der Betriebe werden ausgespäht.* Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für. https://doi.org/10.48720/IAB.KB.2502

Goebel, J., Grabka, M. M., Schröder, C., Zinn, S., Beckmannshagen, M., Cumming, P., Dräger, J., Franken, A., Gauer, M., Gerike, M., Graeber, D., Griese, F., Kara, S., Labarca Pinto, D., Meier, A., Moya, C., Nebelin, J., Petrenz, M., Rolle, D., . . . German Institute for Economic Research. (2025). *Sozio-oekonomisches Panel, Daten der Jahre 1984-2023 (SOEP-Core, v40.1, EU Edition).* https://doi.org/10.5684/SOEP.CORE.V40.1EU

Graf, T. (2025). *Deutschland in der militärischen Führungsrolle? : Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2025. Forschungsbericht / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr*. ZMSBw. https://doi.org/10.48727/OPUS4-855

Groh-Samberg, O., Axenfeld, J. B., Gerlitz, J.-Y., Cornesse, C., Kroh, M., Lengfeld, H., Liebig, S., Minkus, L., Reinecke, J., Richter, D., Teichler, N., Traunmüller, R. & Zinn, S. (2024). *German Social Cohesion Panel 2021/22 – Wave 1: Dataset and Documentation.* https://doi.org/10.60532/SCP.2021_22.W1.V1

Groh-Samberg, O., Cornesse, C., Gerlitz, J.-Y., Kroh, M., Lengfeld, H., Liebig, S., Minkus, L., Reinecke, J., Richter, D., Traunmüller, R. & Zinn, S. (2023). *German Social Cohesion Panel 2021 - Anchor Persons*. Bremen, Berlin. RDC-RISC/SOCIUM, SOEP/DIW Berlin. https://doi.org/10.60532/scp.2021.ap.v1

ISO (International Organization for Standardization). (2017). *Security and resilience – Principles and attributes: ISO 22316:2017*. https://www.iso.org/standard/50053.html

John-Koch, M., Pape, K., Platzer, E.-K., Bock, T., Graf, C. & Koch, P. (2026). *Vorsorgeplan für Unternehmen.* Industrie- und Handelskammer Hannover.

https://www.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/7015638/6bf52599be09989c3d3f3849f8a1fa6e/ihk-krisenvorsorgeplan-pdf--data.pdf

Kiesewetter, R. (2025). Zeitenwende – neue Wehrhaftigkeit in einer postheroischen Gesellschaft. In M. Bartscher, S. Hansen & M. Rohschürmann (Hrsg.), *Lehrbuch. Die Zeitenwende - sicherheitspolitischer Kulturwandel in der Bundesrepublik Deutschland? Implikationen einer "Normalisierung" auf Gesellschaft und Bundeswehr* (S. 101–120). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-48044-8_6

Kohler, U. & Post, J. C. (2023). Welcher Zweck heiligt die Mittel? Bemerkungen zur Repräsentativitätsdebatte in der Meinungsforschung. *Zeitschrift für Soziologie*, *52*(1), 67–88. https://doi.org/10.1515/zfsoz-2023-2001

Kühne, S., Kroh, M., Liebig, S., Goebel, J., Grabka, M. M., Schröder, C., Zinn, S., Schupp, J., Kröger, H., Entringer, T., Graeber, D. & Seebauer, J. (2020). *Sozio-ökonomische Faktoren und Folgen der Verbreitung des Coronavirus in Deutschland (SOEP-CoV): Fragebogen*. Welle 1 (April - Juni 2020). Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). https://www.soep-cov.de/.cm4all/uproc.php/0/q_soep-core-2020-corona_de.pdf?_=1734d12af68&cdp=a

Kuligowski, E. (2021). Evacuation decision-making and behavior in wildfires: Past research, current challenges and a future research agenda. *Fire Safety Journal*, *120*, 103129. https://doi.org/10.1016/j.firesaf.2020.103129

Künzer, L. & Tomczyk, S. (Hrsg.). (2022). *Forschung im Bevölkerungsschutz: Band 29. Sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung der Bevölkerung*. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/FiB/FiB-29-sozialwissenschaftliche-aspekte-warnung.pdf?__blob=publicationFile&v=13

Leibniz-Institut für Resilienzforschung. (2025). *Was ist "Resilienz"?* Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR). https://lir-mainz.de/resilienz

Leppert, K., Koch, B., Brähler, E. & Strauß, B. (2008). Die Resilienzskala (RS): Überprüfung der Langform RS-25 und einer Kurzform RS-13. *Klinische Diagnostik und Evaluation*, *1*, 226–243. https://docplayer.org/67268391-Die-resilienzskala-rs-ueberpruefung-der-langform-rs-25-und-einer-kurzform-rs-13.html

Lukas, T. & Tackenberg, B. (2024). Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz: Community Resilience und soziale Anpassung in Krisen und Katastrophen. In E. Marks, C. Heinzelmann, G. R. Wollinger & C. Bauer (Hrsg.), *Krisen & Prävention: Ausgewählte Beiträge des 28. Deutschen Präventionstages* (S. 203–219). Forum Verlag Godesberg. https://www.praeventionstag.de/nano.cms/vortraege/id/6634

Mähler, M., Hofinger, G., Becker, C. & Künzer, L. (2023). *Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit: Ergebnisse des Forschungsprojekts "LaBS". Forschung für den Bevölkerungsschutz: Band 34*. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/FiB/FiB-34-labs.pdf?__blob=publicationFile&v=3

NEPS Network. (2024). *Scientific Use File of NEPS Starting Cohort 6: Adults.* https://doi.org/10.5157/NEPS:SC6:15.0.0

Panagiotidis, J. & Petersen, H.-C. (2023). *Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus* (Expertise). Berlin. Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/user_upload/Expertisen/MEDIENDIENST_Expertise_Antislawischer_Rassismus.pdf

RatSWD (Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten). (2023). *Standardfragenkatalog zur Erhebung soziodemographischer und krisenbezogener Variablen*. Erstellt von der Arbeitsgruppe des RatSWD zur Vernetzung sozialwissenschaftlicher Forschung in gesellschaftlichen Krisen (Output Series, 7. Berufungsperiode 4b). Berlin. https://doi.org/10.17620/02671.76

RatSWD (Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten). (2026, 10. Februar). *Stellungnahme des RatSWD zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur verbesserten Nutzung von Daten für die Forschung (Forschungsdatengesetz)* (RatSWD-Stellungnahme). Berlin. Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD). https://www.konsortswd.de/wp-content/uploads/RatSWD_Stellungnahme_Forschungsdatengesetz_Verbaendebeteiligung_Webseite.pdf

Rohs, M., Lacher, S., Fliegener, L., Grossmann, J. & Goersch, H. (2024). *Disaster Household Preparedness in Germany*. https://doi.org/10.2139/ssrn.5076263

Rufat, S., Brito, M. M. de, Fekete, A., Comby, E., Robinson, P. J., Armaş, I., Botzen, W. J. W. & Kuhlicke, C. (2022). Surveying the surveyors to address risk perception and adaptive-behaviour cross-study comparability. *Natural Hazards and Earth System Sciences*, *22*(8), 2655–2672. https://doi.org/10.5194/nhess-22-2655-2022

Schopp, N., Schüler, C., Tondorf, V. & Schüller, L. (2022). Lagebild Bevölkerungsverhalten für ein effektives Krisenmanagement [Situational Awareness of Public Response for effective crisis management]. *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz*, *65*(10), 1067–1072. https://doi.org/10.1007/s00103-022-03583-2

Schubert, P., Kuhn, D. & Tahmaz, B. (2023). *Der ZiviZ-Survey 2023: Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken.* Berlin. ZiviZ im Stifterverband. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_hauptbericht.pdf

SHARE-ERIC. (2024). *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) Wave 9.* https://doi.org/10.6103/SHARE.W9.900

Smith, B. W., Dalen, J., Wiggins, K., Tooley, E., Christopher, P. & Bernard, J. (2008). The brief resilience scale: assessing the ability to bounce back. *International journal of behavioral medicine*, *15*(3), 194–200. https://doi.org/10.1080/10705500802222972

Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2025). *Mikrozensus 2025: Kernprogramm und Erhebungsteil Einkommen und Lebensbedingungen*. Frageübersicht für Informationszwecke. https://erhebungsportal.estatistik.de/Erhebungsportal/api/assets/files?downloadId=dc93146d9d064ad5b01e57a14be1d716

Stimson, R. J. (2014). A spatially integrated approach to social science research. In R. J. Stimson (Hrsg.), *Edward Elgar E-Book Archive. Handbook of research methods and applications in spatially integrated social science.* Edward Elgar. https://doi.org/10.4337/9780857932976.00007

Suda, K. & Köhler, J. (2024). *Antiasiatischer Rassismus in Zeiten der Pandemie: Hintergründe, Kontexte und empiri- sche Ergebnisse.* NaDiRa-Fokusbericht 2024. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/Publikationen/Berichte/NaDiRa_Fokusbericht_01_RZ_240405_web_Metadaten_Pdf_A.pdf

Tackenberg, B. (2022). *Community Resilience und ethnische Diversität: Lokales Sozialkapital und nachbarschaftliche Unterstützungsbereitschaft im Städtevergleich*. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-39729-6

Tackenberg, B., Lukas, T. & Fiedrich, F. (2025). Dashboard für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz: Forschungsprojekt Sokapi-R. In *Bürgernaher Bevölkerungsschutz* (Bevölkerungsschutz 3/2025, S. 7–9): Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/BSMAG/bsmag-25-03.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Team HF Hofinger, Künzer & Mähler PartG Ludwigsburg, Kather, F., Becker, C., Hofinger, G. & Fried, F. (2025). *Katastrophenschutz-Leuchttürme: Erfahrungen, «Good Practice» und Hindernisse in der Umsetzung des Basis-Konzeptes «Katastrophenschutz-Leuchttürme» unter Berücksichtigung ihrer Verortung im Warnsystem.* Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Krisenmanagement/katastrophenleuchttuerme_download.pdf?__blob=publicationFile

Trappmann, M., Bähr, S., Beste, J., Collischon, M., Dummert, S., Frodermann, C., Gundert, S., Küfner, B., Mackeben, J., Malich, S., Müller, M., Prospero, V., Schwarz, S., Stegmaier, J., Teichler, N., Wenzig, C., Wunder, A., Berg, M., Cramer, R., . . . Kleudgen, M. (2024). *Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS) – Version 0623 v1.* Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). https://doi.org/10.5164/IAB.PASS-SUF0623.DE.EN.V1

Wahl, S. & Gerhold, L. (2021). *Katastrophenkommunikation und soziale Medien im Bevölkerungsschutz: Kommunikation von Lageinformationen im Bevölkerungsschutz im internationalen Vergleich (KOLIBRI). Forschung im Bevölkerungsschutz: Band 27*. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/PublikationenForschung/FiB_Band_27_Katastrophenkommunikation_u_soziale_Medien_im_BevSchutz.html

WDModG (Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes (Wehrdienst-Modernisierungsgesetz – WDModG). (01.01.2026). Bundesgesetzblatt. https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2025/370/VO.html

Zehner, L., Fuchs, U., Lindemann, A.-K., Jungnickel, K., Schulze, A. & Böl, G.-F. (2022). *Risikokommunikation: Ein Handbuch für die Praxis* (Stand: Februar 2022, 1. Version). Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Risikomanagement/handbuch-risikokommunikation.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Zrnić Novaković, I., Ajduković, D., Ajduković, M., Kenntemich, L., Lotzin, A., Schäfer, I., Anastassiou-Hadjicharalambous, X., Evgeniou, E., Borges, C., Figueiredo-Braga, M., Russo, M. & Lueger-Schuster, B. (2025). Mental health during and after the COVID-19 pandemic - a longitudinal study over 42 months in five European countries. European journal of psychotraumatology, 16(1). https://doi.org/10.1080/20008066.2025.248870

Appendix

Folgende Langzeitstudien wurden im Rahmen dieses Papers analysiert:

Die **Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)** ist eine seit 1980 bestehende Trenderhebung, in der alle zwei Jahre eine Zufallsstichprobe der deutschen Bevölkerung befragt wird. Das primäre Ziel des Umfrageprogramms ist die Beobachtung von Einstellungen, Verhalten und sozialem Wandel in Deutschland sowohl als querschnittliche Momentaufnahme als auch über lange Zeiträume durch die regelmäßige Wiederholung inhaltlicher Themenschwerpunkte. Jede ALLBUS-Querschnittserhebung besteht aus ein oder zwei Schwerpunktmodulen zu wechselnden Themen. Diese werden ergänzt durch weitere inhaltliche Fragen und ein Kernmodul mit detaillierten demografischen Informationen. Die Schwerpunktmodule folgen in der Regel einem 10-jährigen Replikationszyklus, viele Einzelindikatoren und Itembatterien werden aber auch in kürzeren Abständen repliziert. Der ALLBUS 2023 wurde in einem Mixed-Mode Design (CAPI und CAWI) durchgeführt.

Das **DeZIM.panel** des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ist eine Erhebungsinfrastruktur, die explizit die aktuelle postmigrantische Gesellschaft in Deutschland berücksichtigt. Im Panel sind Personen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert, insbesondere Menschen aus der Türkei und aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, aus Staaten mit Gastarbeiterabkommen und Aussiedler aus dem Osten. Somit können Vergleiche und Analysen innerhalb dieser Teilgruppen sowohl im Quer- als auch im Längsschnitt vorgenommen werden. Die online durchgeführten Befragungen setzen sich zusammen aus Fragen, die Mitarbeitende des DeZIM-Instituts, der DeZIM-Forschungsgemeinschaft sowie des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) vorschlagen können, sowie aus verschiedenen Kernmodulen, die jedes Jahr weitgehend gleichbleiben und im vierteljährlichen Rhythmus rotieren. Es wurden zudem anlassbezogene Schnellbefragungen durchgeführt, eine im Frühjahr 2022 zu Reaktionen auf den russischen Angriff auf die Ukraine.

FReDA – Das familiendemografische Panel ist eine vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) und GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften durchgeführte Studie, die sich mit Beziehungen und Familienleben in Deutschland befasst. Dazu werden seit 2021 bundesweit mehrere tausend zufällig ausgewählte Menschen im Alter von 18 bis 49 Jahren sowie ihre Partnerinnen und Partner befragt. Befragungen finden halbjährlich per Online-Fragebogen statt. In FReDA wird zudem das seit 2008 bestehende Beziehungs- und Familienpanel pairfam weitergeführt und der deutsche Teil des Generations and Gender Survey (GGS) integriert. Im Rahmen offener Module besteht die regelmäßige Möglichkeit, eigene Fragen einzureichen.

Das **GESIS Panel** bietet eine wahrscheinlichkeitsbasierte Mixed-Mode-Access-Panel-Infrastruktur am GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Das Projekt bietet der sozialwissenschaftlichen Community die Möglichkeit, Erhebungsdaten aus einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung zu erheben. Die Befragungen fanden

von 2013 bis 2020 zweimonatlich, seit 2021 dreimonatlich statt, mit selbstausgefülltem Fragebogen (online und per Post möglich). Jede Welle besteht aus längsschnittlichen wiederkehrenden Kernmodulen, die über Soziodemografie hinausgehende Merkmale erheben, und eingereichten Studien, die zuvor ein wissenschaftliches Begutachtungsverfahren durchlaufen haben. Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie wurde im März 2020 eine Sonderbefragung des GESIS Panels durchgeführt und in den nachfolgenden Wellen weitere Fragen mit Coronavirus-Bezug gestellt.

Das deutsche Umweltpanel **German Longitudinal Environmental Study (GLEN)** ist eine seit 2024 bestehende deutschlandweite Panelstudie für die sozialwissenschaftliche Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung. Das Kooperationsprojekt der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau und der Universität Leipzig wird als Langfristvorhaben von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für 12 Jahre gefördert. Geplant sind halbjährliche Panelwellen mit selbstadministrierten Online- und Papierbefragungen, mit einem Schwerpunkt auf Panelmodulen mit wiederkehrenden Fragen und zusätzlichen regelmäßigen offenen Modulen. Zudem werden zwischen den regulären Wellen Kurzbefragungen zu aktuellen Themen durchgeführt.

Die **German Longitudinal Election Study (GLES)** ist das zentrale Umfrageprogramm in Deutschland für die Analyse von Bundestagswahlen und erhebt Einstellungen, Meinungen und politisches Verhalten von Wahlberechtigten und Kandidierenden im Zeitverlauf. Das seit 2009 bestehende Programm umfasst verschiedene Studienteile, die auf einem gemeinsamen Fragenkern beruhen und miteinander verknüpft werden können, aktuell der GLES Querschnitt (jeweils vor und nach Bundestagswahlen), die GLES Rolling Cross-Section (tägliche Befragungen während des Wahlkampfs), das GLES Panel (wiederholte Befragung von bis zu drei unterschiedlichen Stichproben vor und während der Wahlkampagnen, nach den Bundestagswahlen sowie zwischen den Wahlen), das GLES Tracking (vierteljährliche kurze Online-Querschnittsbefragung), sowie die GLES Kandidierendenstudie und GLES Nominierungsstudie..

Das **IAB-Betriebspanel** des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist eine jährliche repräsentative Befragung von rund 15.000 Betrieben aller Wirtschaftszweige und Branchen und liefert Informationen über die Arbeitskräftenachfrage in Deutschland. Die Erhebung wird bereits seit 1993 durchgeführt, befragt werden Betriebe mit mindestens einer oder einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch persönlich-mündliche Interviews (PAPI/CAPI), telefonische Interviews (CATI) sowie im Selbstausfüllermodus (CAWI). Die Fragebögen setzen sich zusammen aus Basismodulen mit in jeder Welle möglichst unveränderten Fragen, Zusatzmodulen mit sich in zeitlich definierten Abständen wiederholenden vertiefenden Fragen sowie Schwerpunktfragen zu jährlich wechselnden Themen. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Schwerpunkte auf Krisen und Katastrophen gelegt: 2020 die Auswirkungen der Corona-Pandemie, 2022 die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, 2023 Industrie- und Wirtschaftsspionage.

Der **Mikrozensus** ist die größte jährliche Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik in Deutschland. Er stellt Daten zur Struktur und zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung bereit sowie Informationen zu Familie und Lebenspartnerschaft, Haushalt, Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit, Beruf, Ausbildung und Migration. Die Befragung wird seit 1957 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt und umfasst eine Stichprobe von ca. 1 % der deutschen Bevölkerung. Der Mikrozensus basiert auf einer gesetzlichen Grundlage (Mikrozensusgesetz (MZG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) sowie abhängig vom jeweiligen Fragebogen (Erhebungsteil) weitere Verordnungen der Europäischen Union). Es gilt zudem eine Auskunftspflicht über alle Mitglieder eines ausgewählten Haushalts. Befragte können zwischen einer Online-Befragung, einem persönlichen (telefonischem) Gespräch und einer postalischen Befragung wählen.

Das **Nationale Bildungspanel (National Education Panel Study, NEPS)** des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe (LIfBi) ist die größte langzeitliche Bildungsstudie in Deutschland und hat zum Ziel, Längsschnittdaten zu Kompetenzentwicklung, Bildungsprozessen und Bildungsentscheidungen sowie ihren Bedingungen, Ergebnissen und Folgen über den gesamten Lebensverlauf zu erheben. Seit 2008 werden mehr als 70.000 Teilnehmende und etwa 50.000 Kontextpersonen aus sieben Startkohorten befragt. Die Erwachsenenbefragungen (Startkohorte 6) fanden in den vergangenen Jahren sowohl telefonisch (CATI) als auch persönlich-mündlich vor Ort (CAPI) statt, mit einer ergänzenden Online-Befragung (CAWI) in der letzten 14. Welle. Dort wurden Querschnittfragen u. a. zur Zufriedenheit, Religiosität oder zum politischen Interesse gestellt sowie biografische Längsschnittfragen zur Berufsausbildung, Erwerbstätigkeit oder Kindern und Erziehungszeiten gestellt. Als Reaktion auf die Corona-Pandemie wurde 2020 Startkohorten-übergreifend eine Zusatzerhebung (NEPS-C) gestartet sowie Corona-Zusatzmodule in die Haupterhebungen integriert, um sowohl rückblickend Unterschiede in der Reaktion auf die Krise wie auch Langzeitfolgen für Bildungsbiografien in Deutschland zu erforschen.

Das **Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS)** des IAB schafft eine Datenbasis für die Arbeitsmarkt-, Armuts- und SGB-II-Forschung in Deutschland. Seit 2006 werden jährlich Haushalte, die Transferleistungen beziehen sowie Haushalte der allgemeinen Wohnbevölkerung befragt. Die Befragungen finden persönlich-mündlich (CAPI) oder telefonisch (CATI) statt und gliedern sich in Haushaltsinterviews und Personeninterviews, mit immer wiederkehrenden Modulen sowie Schwerpunktmodulen, die entweder einmalig, für einen begrenzten Zeitraum über mehrere Wellen oder in einem wiederkehrenden Turnus, aber nur für einzelne Wellen erhoben werden. Zusätzlich zu Kernfragen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit und soziodemographischen Merkmalen werden auch subjektive Indikatoren wie Zufriedenheit, Ängste und Sorgen und Erwerbsorientierung erhoben.

Das **Social Cohesion Panel (SCP)** ist eine seit 2021 bestehende Längsschnittstudie, die vom Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) durchgeführt wird. Die Studie deckt verschiedene Aspekte des sozialen Zusammenhalts in Deutschland ab, wie beispielsweise auch soziale Ungleichheit und sozialen

Konflikt. Die Erhebungen werden jährlich in einem Mixed-Mode-Design (PAPI und CAWI) durchgeführt und basieren auf einer repräsentativen Stichprobe aus den deutschen Melderegistern, befragt werden die ausgewählten Ankerpersonen und alle anderen erwachsenen Haushaltsmitglieder.

Das **Sozio-oekonomische Panel (SOEP)**, angesiedelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), ist die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Panelstudie in Deutschland. Die SOEP wird seit 1984 durchgeführt, jährlich werden etwa 30.000 Menschen in knapp 20.000 Haushalten befragt. Neben der zentralen SOEP Core Haushaltsbefragung gibt es verschiedene zusätzliche Erhebungen und Stichproben, wie beispielsweise die gemeinsam mit dem IAB und dem Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) durchgeführte Befragung Geflüchteter in Deutschland (IAB-BAMF-SOEP-Befragung), die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe, das bereits erwähnte Social Cohesion Panel sowie eine nun in die zweite Runde gegangene Betriebsbefragung (SOEP-LEE2). Im Rahmen des seit 2011 bestehenden SOEP Innovationssample (SOEP-IS) welches das Ziel verfolgt, innovative Datenerhebung für die Wissenschafts-Community zu ermöglichen, können Forschende eigene Module einreichen. Auch im SOEP fand von April 2020 bis Februar 2021 eine Zusatzbefragung zur COVID-19-Pandemie statt (Sozio-ökonomische Faktoren und Folgen der Verbreitung des Coronavirus in Deutschland, SOEP-CoV), in der die Teilnehmenden beispielsweise zu ihrer individuellen Resilienz und Krisenwahrnehmung befragt wurden.

Der **Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE)** ist eine vergleichende paneuropäische Panelstudie, die Daten zum Gesundheitszustand, der sozioökonomischen Lage sowie den sozialen und familiären Netzwerken von über 140.000 Befragten der Altersgruppe 50 plus erfasst. Befragungen finden alle zwei Jahre in aktuell 28 Ländern statt.

Impressum

Kontakt:
Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)
Geschäftsstelle
Am Friedrichshain 22
10407 Berlin
office@ratswd.de
https://www.ratswd.de

Die Geschäftsstelle des RatSWD wird als Teil von KonsortSWD im Rahmen der NFDI durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert - Projektnummer: 442494171.

Berlin, Mai 2026

Diese Veröffentlichung ist unter der Creative-Commons-Lizenz (CC BY 4.0) lizenziert:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

DOI: 10.17620/02671.100

Zitationsvorschlag:
Saravia, A., Liebig, S. & Nussbeck, F. W. (2026). *Krisen- und katastrophenbezogene Inhalte in sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen.* (RatSWD Working Paper 290/2026). Berlin. Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD). https://doi.org/10.17620/02671.100